Katholische Blätter für
weltanschauliche Information

ORIENTIERUNG

Nr. 22 43. Jahrgang Erscheint zweimal monatlich Zürich, 30. November 1979

WIEDER PRESSEZENSUR in Spanien? Einige Tage lang sah es danach aus. Nur war es nicht mehr, wie unter Franco der Staat, sondern das immer noch mächtige OPUS DEI, das massiven Druck aufsetzte. Erstes Opfer war die zumal im Klerus verbreitete Zeitschrift *Vida Nueva:* sie mußte ihr bereits eingeheftetes Wochendossier (3. 11. 79) herausreißen. Dann wurden die Tageszeitungen zum Schweigen angehalten. Nach fünf Tagen war der Spuk vorbei. Die Madrider Zeitung *El País* brachte am 8. November von ihrem Römer Korrespondenten eine ausführliche Zusammenfassung und am 11.11. auch noch den Wortlaut der bei Vida Nueva zur Kommentierung vorliegenden Dokumente. Nun «explodierte» die gesamte spanische Presse. Vida Nueva gab genaue Rechenschaft über die Vorgänge. Die Unterdrükkung von Information und freier Meinungsäußerung erwies sich als Bumerang. Das Sekretariat des «Opus» (geläufige Abkürzung) machte schließlich gegen die «nicht autorisierte» Publikation «Rechte des Heiligen Stuhls» geltend. Die Nuntiatur aber, die solche Rechte wahrzunehmen hätte, blieb still: sie war an der Einmischung des Opus unbeteiligt. – Soviel zur Zensur: mit solidarischem Protest, versteht sich. Doch worum ging es inhaltlich? Was sollte um jeden Preis der Öffentlichkeit vorenthalten werden?

Weltbistum OPUS DEI?

Das Opus, gegründet 1924, wünscht heute seinen juridischen Status innerhalb der katholischen Kirche geändert zu bekommen. Die «Priestergesellschaft vom Heiligen Kreuz und Opus Dei» (offizieller Name) figuriert bisher unter den «Säkularinstituten» (Weltgemeinschaften) päpstlichen Rechts.

Schon 1962 präsentierte der Gründerpräsident, Msgr. *Escrivá de Balaguer,* dem Vatikan ein Projekt zur juridischen Umgestaltung. Nach dessen Tod (1975) unternahm der Nachfolger, Don *Alvaro de Portillo,* neue Schritte in dieser Richtung. In zwei Audienzen (März 76 und Juni 78) erklärte ihm Paul VI., die Frage bleibe «offen», wogegen der neue Papst Johannes Paul II auffallend rasch Sympathie bezeugte.

Seit dem Januar 1979 steht die Leitung des Opus nun offiziell in Kontakt mit der *Bischofskongregation* der römischen Kurie. Ihr und nicht mehr der Behörde für die Ordensleute und Säkularinstitute will die Organisation des Opus künftig zugeteilt sein. Sie versteht sich nämlich schon in ihrem jetzigen «De-facto-Zustand» als Teilkirche mit «eigenem Volk». Das «absolut Neue» des Opus rufe nach einer «Personal-Prälatur» (vergleichbar einem Armeebischof samt Feldpredigern) bzw. einer Art autarkem Weltbistum, das sowohl die Priester (2%) wie die (verschieden abgestuften) Laien des männlichen und weiblichen Zweiges (über 70000 in 87 Ländern) umfassen würde. Nur so seien die mannigfachen «Schwierigkeiten» zu beheben, denen die Arbeit der Opus-Mitglieder auf Hoch-und Mittelschulen, in Medienanstalten usw. begegne. So meint der zwölfseitige, am 29.4.79 in Rom «zum Studium» unterbreitete Antrag.

Die Vollversammlung der angesprochenen Römischen Bischofskongregation vom vergangenen Juni verhielt sich aber (wie jetzt als sicher verlautet) *oppositionell* – im Unterschied zu deren Vorsteher, Kardinal *Baggio* persönlich, der in Briefen an befreundete Bischöfe für das Projekt eintritt. Die Opposition wehrt sich dagegen, daß das Opus *der Kontrolle der Ortsbischöfe entzogen* werden soll. In Spanien zumal nähren Erinnerungen an die «Technokraten» des Opus in der Franco-Regierung und Erfahrungen mit der vom Opus kontrollierten Agentur «Europa-Press» bzw. mit Opus-Mitgliedern der römischen Kleruskongregation (vgl. Orientierung 1972, S. 79 und 1973, S. 35) die Befürchtung, man könnte es mit einer *«Parallelkirche»* bzw. mit einem «Staat im Staat» (Kathpress 16.11.79) zu tun bekommen. Auch durchaus wohlwollende Kritiker raten dem Opus ab, in ein selbstgewähltes «Getto» zu gehen (M. Descalzo). Zu wünschen ist jedenfalls, daß vor einem definitiven Entscheid die Gesamtheit der betroffenen Bischöfe – zumal auch in Lateinamerika (nicht nur die neue Celam-Spitze!) – befragt wird.

Aus schweizerischer Perspektive fragt man sich zusätzlich, was mit den «Schwierigkeiten» gemeint ist, denen das Opus im neuen Status entgehen will. Im vergangenen Frühjahr wurden in Zürich die an Mittelschulen tätigen Religionslehrer des Opus kirchenamtlich abgesetzt, und zwar (gemäß Erklärung des Generalvikariats am Fernsehen) wegen verweigerter Kooperation und wegen unzulässiger Werbemethoden[1]. Im Kanton Luzern rührt sich seit dem Sommer Opposition gegen das Projekt eines internationalen Schulungszentrums des Opus in der Gemeinde Schongau. Vida Nueva vom 15. September, damals noch unzensiert, erlaubte sich – mit einem erinnernden Seitenblick auf die Umstände der Lefebvre-Gründung von Ecône im Wallis –, nach einem weiteren «huevo de cuco» im «Nest der Schweizer Katholiken» zu fragen: Ein neues Kuckucksei, diesmal im Bistum Basel?

Ludwig Kaufmann

[1] Näheres in: J. Frischknecht u. a., Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz. Ein aktuelles Handbuch. Limmat-Verlag, Zürich 1979, 512 S. Das Opus Dei (S. 344–361) wird unter den «Rechtsgläubigen» aufgeführt, wurde aber schon vorher ob seiner Praktiken von der sicher nicht «linken» NZZ (13./14. und 21./22. Januar 1979) angegriffen.

ZEITGESCHICHTE

Südtirols Eidverweigerer J. Mayr-Nusser: Kontroverse Pressekonferenz in Bozen: Wahrheit oder Vergessen über Widerstand in der NS-Zeit? Mayrs Tat bisher zu wenig bekannt – Warum der «Dableiber» und italienische Staatsangehörige den SS-Eid verweigerte – Sein Hungertod auf der Fahrt nach Dachau – Die Wurzeln seiner Entschlossenheit zum «Zeuge sein» – Die Verpflichtung auf das Gewissen.

Reinhold Iblacker, München

FRIEDENSDIENST

Staatlicher Wehrunterricht und Friedensdienst der Kirchen: Seit einem Jahr neues Unterrichtsfach in der Regelschule der DDR: 202 schulische und außerschulische Stunden – Abschluß einer langjährigen Entwicklung – Nach der Logik des Systems wesentlicher Bestandteil der Allgemeinbildung – Trotzdem unauffällige Einführung – Öffentliche Diskussion nur dank dem Engagement der Kirchen – Katholisch: Brief der Berliner Bischofskonferenz an die Regierung – Eher abstraktes Bekenntnis zu einer «gesamtkirchlichen Aufgabenstellung der Friedenserziehung» – Evangelisch: Direktgespräche mit der Regierung und Anrede an die Gemeinden – Anstelle eines Gleichgewichts des Schreckens muß ein Gleichgewicht des Vertrauens gewonnen werden – Orientierungshilfe für die Gemeinden – Beispiel, wie Weltdienst der Kirchen wahrzunehmen ist.

Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

JUDENTUM

Franz Rosenzweig, ein Denker der Offenbarung (1): Von dem vor fünfzig Jahren Verstorbenen kommen erst seit 1976 die Gesammelten Schriften heraus – Der Hintergrund einer «entleerten» jüdischen Theologie und einer philosophischen Aufbruchstimmung in den Vorkriegs- bzw. zwanziger Jahren – Zeitgenossenschaft mit Heidegger und Wittgenstein: Volle Wahrnehmung der Priorität der Sprache – Offenbarung als «Keil in die Welt» – Wo das «Geheißene» gegen das bloß Mögliche streitet – Mit Rosenzweigs «Stern der Erlösung» wird Auseinandersetzung zwischen Philosophie und Glaube neu entfacht – Erkenntnisphilosophie und Sprachtheologie – Worin Rosenzweig über Maimonides, Spinoza und Cohen hinausgeht – Die Frage nach der ontologischen Tragfähigkeit biblischer Spracherfahrung – «Gottes Ich muß Ich bleiben» – Die Erwählung Israels und die Gefahr seiner idealistischen Wesensbeschreibung – Haben die Strahlen der «ewigen Überwelt» die Sinnesorgane zur Wahrnehmung der Apokalyptik verbrannt? *Walter Strolz, Freiburg i. Br.*

GESELLSCHAFT

Soziale Sicherheit?: Oswald von Nell-Breuning antwortet auf Grundfragen der Sozialordnung – Wie ist der Beunruhigung über die Daseinssicherung im Alter zu begegnen? – Zur rechtlichen Ungewißheit über Mitbestimmung und Unternehmensverfassung – Der Streit um die Grundwerte in Staat und Demokratie – Der soziale Auftrag der Kirche: Kirche soll nicht nur auf Herausforderungen des Sozialismus reagieren, sondern auch selber als herausfordernde auftreten.

Jules Magri, Zürich

Südtirols Eidverweigerer Josef Mayr-Nusser

Am 13. November im Bozener Hotel «Zum Mondschein», wo üblicherweise Autoren ihre Neuerscheinungen vorstellen, geriet eine Pressekonferenz zur Kontroverse. «Keine alten Narben aufreißen» postulierten die einen und meinten damit ganz allgemein Vorgänge im Südtirol zur Nazizeit. Die anderen, zumeist unter vierzig Jahre alt, waren dafür, daß die heutige Generation im Südtirol ungeschminkt die Wahrheit, jedenfalls über solche, die Widerstand leisteten, erfahren soll und daß darüber nachgedacht und gesprochen werde. Anlaß für diese Auseinandersetzung unter gegen zwanzig Abgesandten von Fernsehen, Rundfunk und Presse war ein Buch mit Zeugnissen, Dokumenten und Befragungen zur Eidverweigerung und zum Hungertod des Südtirolers *Josef Mayr-Nusser,* als Niederschlag von Vorarbeiten für einen Fernsehfilm des Österreichischen Rundfunks (ausgestrahlt am 27.7.79). Über den Gewissensentscheid Mayrs und dessen Folgen hat *Reinhold Iblacker* diese Dokumentation mit Einführung und Kommentar herausgegeben.[1]

Die Vielfalt der Aussagen in diesem «Arbeitsbuch» (für Gruppen usw.) ergibt ein perspektivisches Bild, das freilich nur auf dem Hintergrund der für den Außenstehenden schwer verständlichen Lage im Südtirol der Kriegsjahre voll zur Geltung kommt. Die «politische Landschaftsskizze» (S. 33–46) des heute in Wien lebenden Prof. *Claus Gatterer* über «Südtirol 1930–1945» verdient deshalb besondere Beachtung. Zur heutigen Situation erfährt man lediglich in Iblackers Vorwort von der «Gruppe jener, die J.M.-N. hämisch abqualifizieren» und sein Anliegen abtun: keiner von ihnen war bereit, seine Position vor der Kamera oder durch einen Beitrag für das Buch zu verdeutlichen und zu begründen. Hingegen hat Iblacker in vielen Interviews beharrlich gefragt, warum die Tat und Persönlichkeit Mayrs so wenig bekannt sei. Eine bemerkenswerte Antwort gab ihm der jetzige Dekan von Kaltern, Dr. Peter Pöder, der in der Endphase des Krieges (Februar 1945) die – zum Teil durch bloßes Gemurmel kaschierte – kollektive Eidesverweigerung durch ein in Brixen im Herbst 1944 aufgestelltes Polizeiregiment mitgemacht hat. Er sagte, daß Mayr *zu wenig bekannt gemacht* wurde, und zwar von verschiedenen Seiten (auch von der Geistlichkeit) und «zweitens weil die Jugend gerne vergessen möchte: Ich möchte vielleicht auch nicht an diese Zeit erinnert werden.» (S. 124)

Im folgenden bringen wir eine Zusammenstellung von Fakten und Zeugnissen, die Reinhold Iblacker selber (mit Verweis auf die Seitenzahlen in seinem Buch) für uns besorgt hat. Am Rand erhalten wir auch ein wenig Einblick in die Schwierigkeit der Recherchen. *Die Redaktion*

Im September 1944 wurde Josef Mayr-Nusser, damals «Diözesanpräsident der männlichen katholischen Jugend des deutschen Anteils der Diözese Trient» (was für ein Titel!), zusammen mit 80 anderen Südtirolern in Gries bei Bozen eingezogen. Mayr war, wie die meisten der Einberufenen, ein «Dableiber». D.h. er hatte sich nach der Verschacherung Südtirols an Italien durch Hitler entschieden, *nicht* wie die überwältigende Mehrheit seiner Landsleute die Option fürs «Reich» zu treffen und war, so hart das auch war, im Land und damit italienischer Staatsbürger geblieben. Nachdem Italien 1943 aus der Achse ausgeschert war, wurde das Gebiet südlich des Brenners zur «Operationszone Alpenvorland», aus dem die Nationalsozialisten Soldaten für ihren Krieg rekrutierten. Die eingezogenen Männer wurden neugeschaffenen Polizeiregimentern oder, wie es für Nicht-Deutsche Brauch war, SS- oder SD-Einheiten zugeteilt. Mayr, der in Bozen als Angestellter eines großen Handelshauses arbeitete, hatte Wochen vor dem Eintreffen des Stellungsbefehls mit einem Freund aus der Katholischen Jugendbewegung sein Verhalten im Falle einer Einberufung zur SS besprochen: er würde aus weltanschaulichen Gründen die Verpflichtung auf den Dienst für einen Führer verweigern, den er für einen Verbrecher hielt. (143) Als dann die Einberufung kam, stellte sich Mayr zunächst der militärischen Behörde. Er wurde mit 80 Kameraden nach Konitz (Westpreußen) transportiert und der Waffen-SS überstellt. Zugleich mit dem Felddienst begann die politisch-weltanschauliche Indoktrination. In diesen Wochen fiel der Soldat Mayr den Kameraden nicht weiter auf. Er machte ruhig und schweigsam seinen Dienst, war ein guter Kamerad, schrieb häufig Briefe und empfing wiederum Briefe, nach deren Lektüre der ohnehin verschlossene Mann einen bedrückten Eindruck machte. Keiner der Kameraden ahnte, daß damals die Würfel bereits gefallen waren.

Das «Bekennenmüssen»: zwei Welten stoßen aufeinander

Mayr hatte am 27. Sept. 1944 einen stenographierten Brief an seine Frau geschrieben, in dem sich sein zukünftiges Handeln andeutete. Er sei auszugsweise zitiert:

«Eine Sorge wird wohl auch Dich bedrücken, seit Du weißt, daß ich bei der SS Dienst tue ...Wie ich mich im gleichen Umstand verhalten würde, darüber war ich keinen Augenblick im Zweifel, und Du wärst nicht meine Frau, wenn Du etwas anderes von mir erwartetest ... Daß ich Dich, treueste Gefährtin, durch mein Bekenntnis im entscheidenden Moment vielleicht auch noch in zeitliches Unglück stürze, das nagt am schwersten an meinem Herzen. Dieses Bekennenmüssen wird sicher kommen, es ist unausbleiblich, denn zwei Welten stoßen aufeinander. Zu deutlich haben sich die Vorgesetzten als entschiedene Verneiner und Hasser dessen gezeigt, was uns Katholiken heilig und unantastbar ist. Bete für mich, Hildegard, damit ich in der Stunde der Bewährung ohne Furcht und Zögern so handle, wie ich es vor Gott und meinem Gewissen schuldig bin ... Jedenfalls wird es gut sein, auf schlimme und schlimmste Möglichkeiten gefaßt zu sein ... (12)

Am 4. Oktober 1944, dem Tag vor der Vereidigung, machte Mayr vor der angetretenen Kompanie den Vorgesetzten klar, daß er den SS-Eid aus religiösen Gründen verweigern werde. Die von uns befragten ehemaligen Kameraden konnten sich (kein Wunder!) nicht mehr exakt an den tatsächlichen Ablauf der Ereignisse erinnern. Aus allen Antworten auf unsere stundenlangen Versuche, eine Chronologie der damaligen Ereignisse zu erarbeiten, ging eines hervor: Mayr hatte als einzelner und öffentlich «Nein» zum Eid auf Hitler gesagt und dies schriftlich bestätigt. Weiterhin darf nach den Aussagen der Kameraden mit hoher Wahrscheinlichkeit vermutet werden: die unteren und mittleren Chargen der Befehlenden waren betroffen von der Entscheidung des Südtirolers, und sie wollten ihn zunächst nicht der Vernichtung preisgeben. So schickten sie Kameraden zu ihm, die ihn zur Eidesleistung überreden sollten. Die Antwort, die Mayr z.B. dem um 14 Jahre jüngeren Hans Karl Neuhauser gab, ist eindeutig und abweisend genug: *«Wenn nie jemand den Mut aufbringt, denen zu sagen, daß man mit dem System nicht einverstanden sein kann, dann wird sich dieses System nie ändern»* (106). Einige Zeit später bat er seinen Kameraden Franz Treibenreif aus Bozen, seiner Frau zu schreiben, daß er sich glücklich fühle.

Auf der Fahrt nach Dachau verhungert

Wie es mit Mayr weiterging, ist nicht mehr festzustellen. Den anderen Südtiroler Soldaten, die alle den Eid leisteten, wurde mitgeteilt, daß er erschossen worden sei. Es gibt aber einen Brief aus dem SS-Strafvollzugslager Danzig-Matzkau vom 5. Dezember 1944, aus dem hervorgeht, daß Mayr dort auf sein Verfahren vor einem SS-Gericht wartete. Darin schrieb er u. a.

«Seit dem 14. November befinde ich mich in der Untersuchungshaftanstalt der alten, schönen Ostseestadt Danzig, wo auch das für Konitz zuständige SS-Gericht seinen Sitz hat. Am 12.11. bestätigte ich noch von Konitz aus die bis zu jenem Datum von Dir erhaltene Post ... Ich kann noch nicht sagen, wann meine Sache zum Entscheid kommt, und bitte, Dich in Geduld zu fassen. Gott, der als liebender Vater überall und jederzeit über uns wacht, wird uns nicht verlassen. Die Liebe und Zuversicht, die aus Deinen Briefen zu mir spricht, hat mein Herz ordentlich warm gemacht, und ich kann nur innigst dafür danken ... (14)

[1] Reinhold Iblacker, Kein Eid auf diesen Führer. Josef Mayr-Nusser, ein Zeuge der Gewissensfreiheit in der NS-Zeit. Innsbruck (Tyrolia) 1979, 168 S. (Koproduktion mit dem ORF: Aspekte und Zusammenhänge, die in der TV-Sendung vom 27.7.79 notwendigerweise zu kurz kamen, konnten hier verdeutlicht werden)

Über das gegen Mayr laufende Verfahren liegen in keinem der bedeutenden Archive der Zeit- und Kriegsgeschichte Dokumente. Die Freunde Mayrs glauben, ein Kompaniekamerad habe im Verhör durch seine Aussage den Nazis die Möglichkeit gegeben, ihm ein Verfahren wegen Wehrkraftzersetzung anzuhängen.

Die nächste Nachricht erhielt Frau Mayr in Form einer «Bestätigung» laut «Leichenschauschein» aus Erlangen, daß nämlich der «SS-Mann Josef Mayr» am 24.2.45 um 6 Uhr «im Zug auf dem Erlangner Bahnhof» an «Bronchopneumonie» verstorben sei. In Wirklichkeit gab der Befund als Grundleiden und Todesursache ein *Hungerödem* an. Josef Mayr war, wie Witwe, Sohn und Freunde erst nach zwei Jahren der Ungewißheit erkunden konnten, aus einem Gefangenenzug aus Danzig Richtung Dachau, der mehrere Tage lang in Erlangen stand, als Verhungerter ausgeladen, zur Obduktion gebracht und schließlich – da man auf ihm weder Soldbuch noch Erkennungsmarke, wohl aber Rosenkranz und Briefe fand – «mit militärischen Ehren» vom katholischen Standortpfarrer begraben worden. Es dauerte bis zum Jahre 1958, daß der Sarg in die Heimat überführt werden konnte. Seine endgültige Grabstätte fand Josef Mayr-Nusser in der Kirche in Lichtenstern am Ritten.

Prägung durch Jugendbewegung und Familie

War der Josef Mayr-Nusser vom Bozener Boden *verrückt, dumm, bigott* oder *fanatisch?* Die hier niedergeschriebenen Ausdrücke sind keine von uns erfundenen rhetorischen Übertreibungen, um die Entscheidung Mayrs zu dramatisieren, sie wurden von Südtiroler Landsleuten gebraucht, als wir sie um ihre Wertung der Tat des Josef Mayr-Nusser fragten. Die Meinungen über das Sich-Verweigern eines überzeugten Katholiken gegenüber dem totalen Anspruch einer anti-göttlichen Weltanschauung gehen heute noch unter der Bevölkerung Südtirols weit auseinander. Dabei möchte man meinen, daß in den vergangenen dreißig Jahren auch dem Schlechtestinformierten aufgegangen sein müßte, welche Verbrechen im Namen der Weltanschauung des Nationalsozialismus und ihres Führers Adolf Hitler begangen wurden. Allerdings darf man nicht übersehen, unter welchen Umständen die Südtiroler die Zeit Hitlers und des Dritten Reiches erlebten. Das Land war 1918 an Italien gefallen, das die ursprünglich deutsche Bevölkerung radikal italianisieren wollte. Die Faschisten suchten nach ihrer Machtergreifung 1922 diesen Prozeß gewaltsam zu intensivieren. Alles, was deutsch war, sollte verschwinden. Verboten waren: deutsche Sprache, deutsche Namen, deutsche Lieder, Feste und alte traditionsreiche Volksbräuche. In dieser Lage richteten die Menschen ihre Hoffnung auf Deutschland, und das machte sie anfällig für die «deutsche» Ideologie der Nazis. Der massive propagandistische Druck tat ein übriges, um das Heil aus dem Norden erwarten zu lassen. Als dann 1939 die Entscheidung zur Abwanderung zu einer Entscheidung für Deutschland gemacht wurde, blickten die meisten nicht mehr durch und erkannten den Betrug nicht, der von den Nazis an ihnen begangen wurde.

Mayr und die Freunde der katholischen Jugendbewegung ließen sich nicht täuschen. Auf verbotenen Treffen und Schulungen hatten sie Rosenbergs «Mythos des 20. Jahrhunderts» und Hitlers «Mein Kampf» gründlich studiert. Sie kannten also die in diesen Büchern vorgetragenen Thesen und Ideen und wußten, was auf Südtirol zukommen würde. Das ließ sie zur Entscheidung gegen das Großdeutsche Reich gelangen und brachte eine Anzahl von ihnen (darunter auch Mayr) dazu, sich zu organisieren und gegen die Abwanderung Widerstand zu leisten. Mit den Jugendlichen arbeiteten damals eine Reihe von aufgeschlossenen und weitsichtigen Priestern, von denen *Josef Ferrari* die natürliche Führerrolle zufiel. Mayr und Ferrari waren Freunde, sie kannten sich schon als Kinder, als sie im Nusserhof zusammen spielten. Sicher haben die spätere Zusammenarbeit und der dauernde Kontakt mit J. Ferrari mit dazu beigetragen, das Gewissen für die zu treffende Entscheidung vorzubereiten. (59ff.)

Neben (und sicher noch *vor*) der aktiven Arbeit in der Katholischen Jugend hatte die *Familie* formenden Einfluß auf Josef Mayr.: er kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Der Nusserhof und die Mayr-Familie waren für viele Freunde eine Art Oase: «ein Platz, wo man zweifelte, daß es die Erbsünde gab» (Ferrari). Von hier ging Josef zur Handelsschule und hierher kam er zurück, wenn er seine Schulungen gehalten und als Mitglied der Vinzenz-Konferenz die Armen besucht hatte. Unter dem großen Kreuz im Herrgottswinkel der Stube trafen sich Freunde, Priester, Ratsuchende, Bettler. Sie gingen beschenkt wieder weg. Die Kinder wuchsen in einer Atmosphäre des Glaubens, des Gebets, der gelebten Frömmigkeit auf, und das gab der Religiosität Josef Mayrs jene Ruhe und Selbstverständlichkeit, aus der heraus er sein Leben formte, ohne bigott oder frömmlerisch zu wirken. So wundert es auch nicht, wenn die Familienmitglieder ohne Ausnahme die Entscheidung des Bruders, Schwagers, Onkels bejahen. (47ff.)

Im Mai 1942 heirateten *Hildegard Straub* und Josef Mayr-Nusser und gründeten eine Familie. Sie hatten beide zuvor bei der Firma Eccel gearbeitet und kannten sich von der Katholischen Jugend her. Trotzdem kam diese Hochzeit für viele Freunde aus der kath. Jugend überraschend. Am 1. August 1943 wurde ein Sohn geboren und auf den Namen Albert getauft.

Die Beziehung zwischen den Ehepartnern war innig. Josef Mayr hatte in seiner Frau Hildegard eine Partnerin gefunden, die sein religiöses Anliegen verstand und bejahte. Vor ihr brauchte er sich nicht zu scheuen, davon zu sprechen, wie er sein Leben in letzter Konsequenz auf Gott hin ausrichten wollte. Die Briefe aus der Haft ebenso wie die *Aussagen von Hildegard Mayr* bezeugen dies. (12–14)

Auf die Frage: «Hat es in Ihrem Leben nie eine Zeit gegeben, wo Sie sich gedacht haben, hätte er doch diese Entscheidung nicht gefällt!» antwortete sie: «Nein, nie! Im Gegenteil: ich war immer froh, daß er bis zum Schluß seine bewundernswerte, mutige Haltung beibehalten hat und trotz aller Bedrohung so groß und frei das tat, was er tun mußte, wenn er sich selbst treu bleiben wollte! Ich hörte, daß er einen Kameraden im Kasernenhof bat: Bitte, schreib meiner Frau, daß ich glücklich bin, so gehandelt zu haben! Er wußte ja, wie ich dachte; wir hatten uns im Religiösen besonders gut verstanden. Er wußte, daß ich nie imstande sein würde, ihn zu verurteilen, wie er es auch im vorbereitenden Brief geschrieben hatte. Er erfüllte in letzter Treue Christi Gebot: Ihr sollt mir Zeugen sein!». (55)

Und die Kirche?

Lange (zu lange?) hat die Kirche Südtirols offiziell geschwiegen. Das «Erinnern» wurde lediglich in den Kreisen der Jugendbewegung gepflegt. Am 6. Februar 1979 nahm dann allerdings der Bischof von Bozen-Brixen, Dr. *Josef Gargitter,* vor der Fernsehkamera öffentlich Stellung:

«Ich halte Josef Mayr-Nusser für einen Märtyrer des Glaubens. Er hat bewußt sein Leben hingegeben in der Überzeugung, daß er den Schwur ohne Verrat am Glauben nicht leisten durfte ...» (122)

Ob der Mann, der mit anderen Verhungerten im Februar 1945 nach einem während zwei Wintermonaten qualvoll sich anbahnenden Tod auf dem Bahnhofgelände von Erlangen ausgeladen wurde, in die Kategorie eines «Heiligen» oder «Märtyrers» einzureihen ist, beschäftigt mich nicht. Wohl aber erachte ich es als wichtig, daß seine Gesinnung und Entscheidung erkannt und als nachahmenswert bejaht werden, vor allem von der Jugend. Wichtig ist, daß die Verpflichtung auf das Gewissen neu gesehen und respektiert wird. Nicht von ungefähr hatte Mayr-Nusser in seinem Wohnzimmer das Bild des Thomas More aufgehängt. Eine solche neue Sicht könnte drastisch gewisse Perspektiven verschieben, Konsequenzen haben. Das Beispiel des Josef Mayr-Nusser aus Bozen würde, so gesehen, uns heutigen Menschen hilfreich sein.

Reinhold Iblacker, München

Fürs Jahr 1980

Sofort handeln, nicht nur denken,
22mal **ORIENTIERUNG** schenken

DDR-Wehrunterricht und Friedensdienst der Kirchen

Seit dem 1. September 1978 gibt es für die 9. und 10. Klassen der allgemeinbildenden, polytechnischen Oberschule der DDR – der Regelschule im anderen Teil Deutschlands – ein neues Unterrichtsfach: den Wehrunterricht. Er umfaßt:

- für beide Klassen jeweils vier Doppelstunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung;
- eine zwölftägige Wehrausbildung im Lager für Jungen der 9. Klasse auf der Basis der Freiwilligkeit;
- ein gleichfalls unter Lagerbedingungen durchzuführender Lehrgang «Zivilverteidigung» für alle Mädchen der 9. Klasse sowie für Jungen, die nicht an der Wehrausbildung teilnehmen;
- eine dreitägige manöverartige Übung, bei der in einem «Marsch der Waffenbrüderschaft» der Ausbildungsstand der Schüler sowohl in der Zivilverteidigung als auch in der Wehrausbildung geprüft werden soll.

Addiert man die Unterrichtseinheiten, so kommt man auf die beachtliche Zahl von 202 schulischen und außerschulischen Stunden. Daß sie intensiv genutzt werden, zeigen die zur Verfügung stehenden Lehrmittel. Verschiedentlich war in westlichen Kommentaren unkorrekt von «dem Lehrbuch» für den Wehrunterricht die Rede. Gemeint war das Schulbuch «Zivilverteidigung», 256 Seiten stark und für die Hand der Schüler bestimmt. Doch handelt es sich hier nicht um *das* Schulbuch für den Wehrunterricht, sondern lediglich um den Leitfaden für den Lehrgang Zivilverteidigung. Entsprechend enthält er eine ausführliche Anleitung für den Katastrophenschutz unter den Bedingungen eines atomaren Krieges, versehen mit einem ideologischen Vorspann, der u. a. von den «Methoden der Imperialisten, Kriege auszulösen und zu beginnen», vom «Heldentum» und der «Notwendigkeit militärischer Disziplin und Ordnung» handelt. Das Buch schließt mit zwei Kapiteln Instruktion für «Geländeausbildung» und «Ordnungsübungen», worunter Kehrtwendung, Gleichschritt u. ä. zu verstehen ist. «Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung» gibt es für jede der insgesamt acht Doppelstunden «fachlich-methodische Hinweise» für die Hand des Lehrers, die von der «Forschungsgruppe Wehrausbildung/Wehrerziehung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR» erstellt wurden. Die einzelnen Unterrichtsstunden («Militärische Berufe in der Volksarmee und den anderen bewaffneten Kräften der DDR», «Die NATO-Armee und ihr aggressiver Auftrag» – um nur zwei Beispiele zu nennen –) sind bis ins einzelne vorgegeben. Wer das Material sichtet, ist nicht nur von der Gründlichkeit beeindruckt, mit der im Rahmen der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften die Einführung des Wehrunterrichts vorbereitet wurde, er ist vor allem durch die bedenkenlose Selbstverständlichkeit irritiert, mit der die Autoren Halbwüchsigen die Aggressivität der westlichen Welt, speziell der Bundesrepublik Deutschland, die Möglichkeit eines atomaren Krieges und eines wirksamen Schutzes gegen ihn sowie die eigene gute Sache militärischer Verteidigung des Sozialismus und des Friedens suggerieren.

Abschluß einer langjährigen Entwicklung

Militärische Grundausbildung und Zivilverteidigung sind in anderen sozialistischen Ländern bereits seit Jahren integraler Bestandteil des Schulunterrichts; in der UdSSR und in Ungarn seit 1968, in Polen seit 1969, in der ČSSR seit 1971. Die DDR spielt also in diesem Falle nicht die Rolle eines Vorreiters, wobei allerdings gesagt werden muß, daß die Wehrerziehung seit längerem ein erklärtes Lernziel der sozialistischen Schule der DDR ist. So gibt es beispielsweise seit 1974 eine im Auftrag des Ministeriums für Volksbildung herausgegebene «Handreichung zur sozialistischen Wehrerziehung», die für jedes Unterrichtsfach – auch für militärisch so abgelegene Fächer wie Musik und Kunsterziehung – eine methodische Anleitung und praktische Materialhilfen für die Hand des Lehrers bietet. Die Autoren dieser Handreichung nennen die Wehrerziehung einen «untrennbaren Bestandteil der Bildung und Erziehung allseitig entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten» (39) und verstehen diese selbst als einen komplexen Vorgang, bei dem alle Erziehungsträger optimal zusammenzuwirken haben. Man wird daher in Einschätzung der durch die Einführung des Wehrunterrichts gegebenen Situation nicht von einer plötzlichen Militarisierung der DDR-Schule sprechen können, sondern darin den vorläufigen Abschluß einer langjährigen Entwicklung sehen müssen, wie sie sich aus der sozialistischen Schulkonzeption mit einiger Folgerichtigkeit ergibt.

Die Logik des Systems

Für die sozialistische Schule ist ein hoher Vergesellschaftungsgrad typisch. Schule und Gesellschaft stehen nicht beziehungslos nebeneinander, sondern in einem wechselseitigen Bezug, ja durchdringen einander. Das gilt seit vielen Jahren für den Bereich der Produktion, mit dem die «polytechnische» Schule der DDR auf vielfältige Weise verzahnt ist, das gilt für das sozialistische Bildungsziel, das darauf ausgerichtet ist, Staatsbürger zu erziehen, die von jung auf ihre individuellen Bedürfnisse mit denen der Gesellschaft in Einklang zu bringen haben, das gilt ganz allgemein für eine schulische Praxis, die unter dem Primat gesellschaftlicher Erfordernisse sowohl unterrichtliche als auch außerschulische Aktivitäten umfaßt.

So gesehen hat die Einführung eines Wehrunterrichts durchaus die Logik des Systems für sich. Sie liegt im Interesse einer Gesellschaft, die sich nach eigenem Selbstverständnis an der Nahtstelle zum «kapitalistischen Imperialismus» zu besonderer Wachsamkeit aufgerufen weiß und entschlossen ist, die «Errungenschaften des Sozialismus» zu verteidigen. Entsprechend dient § 5, Absatz 2 des Gesetzes über das «einheitliche sozialistische Bildungssystem» als rechtliche Grundlage des Wehrunterrichts. Der Passus spricht von der Pflicht, die Schüler «zur Liebe zur Deutschen Demokratischen Republik und zum Stolz auf die Errungenschaften des Sozialismus zu erziehen, um bereit zu sein, alle Kräfte der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, den sozialistischen Staat zu stärken und zu verteidigen».

Weiter gehört nach sozialistischer Auffassung die Wehrerziehung zur «Allgemeinbildung». Joachim Lück, Dozent und Leiter der «Forschungsgruppe Wehrausbildung/Wehrerziehung an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR», stellt in seinem instruktiven Beitrag «Der Wehrunterricht in der sozialistischen Schule» (Pädagogik 1/1979) ausdrücklich fest, daß «die Einführung des Wehrunterrichts eine Weiterführung der Allgemeinbildung in unserer sozialistischen Schule» darstellt. Auch diese Aussage versteht sich aufgrund einer systemimmanenten Logik, nach der sozialistische Allgemeinbildung eine theoretische wie praktische Vorbereitung auf *alle* Bereiche des gesellschaftlichen Lebens meint. Bei dem hohen Stellenwert des militärischen Sektors in der DDR ist demnach die Erziehung zur Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit in der Tat ein wesentlicher Teil der so verstandenen Allgemeinbildung. Allerdings dürfte ein westlicher Beobachter kaum auf den Gedanken kommen, die polytechnische, «allgemeinbildende» Oberschule der DDR müsse gleichsam ex definitione etwas mit Wehrerziehung zu tun haben. Hier wie andernorts zeigt sich die Schwierigkeit, Erscheinungen in den sozialistischen Staaten von den ihnen eigenen ideologischen und strukturellen Voraussetzungen her zu begreifen und so die systemimmanente Stringenz und Logik gewisser Entwicklungen zu erfassen.

Erscheint Wehrerziehung als integraler Bestandteil der Allgemeinbildung, dann ist sie damit fest in den Bildungs- und Erziehungsprozeß der Schule eingebunden und der Wehrunterricht als obligatorisches Fach ohne weiteres gerechtfertigt. Hinzu kommt, daß die staatliche Propaganda seit eh und je Erziehung zur Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit als konkreten Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens darstellt, so daß – systemkonform gedacht – bei der Einführung des Wehrunterrichts von vornherein ethische Bedenken ausgeschlossen blieben.

Mangelnde Information der Öffentlichkeit

Es war offenbar die Absicht der Regierung der DDR, den Wehrunterricht ohne viel Aufhebens als neues Unterrichtsfach einzuführen. Jedenfalls fehlte jeder programmatische Paukenschlag, der der Öffentlichkeit diese Neuerung angekündigt hätte. Im Gegenteil. Es ging alles sehr still zu. Zwar erließ das Ministerium für Volksbildung am 1. Februar 1978 eine Direktive mit genauen Angaben zur Einführung und Durchführung des Wehrunterrichts sowie über die Zuständigkeiten, doch war diese als Dienstsache nur intern bekannt. Diese Direktive sah als Information lediglich vor, die Eltern der Schüler der 8. Klassen im Juni 1978, also am Ende des Schuljahres, unmittelbar vor den Sommerferien, «politisch-ideologisch auf den Wehrunterricht einzustimmen» und den Elternbeirat der Schulen entsprechend in Kenntnis zu setzen. Natürlich sickerte bald nach Erlaß der Direktive gerüchteweise die bevorstehende Einführung eines Wehrunterrichts in der Öffentlichkeit durch. In weiten Kreisen entstand eine Situation der Unsicherheit und der Besorgnis. Aus den Gemeinden wurden die Pfarrer angefragt, so daß sich die Kirchen in ihrer Initiative in Sachen Wehrunterricht darauf berufen konnten, einem «dringenden Wunsch nach Information und Beratung» nachzukommen sowie der «entschiedenen Bitte, sich dafür einzusetzen, daß ein solcher Plan nicht verwirklicht werde» – wie es in der «Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen» heißt.

Die Gründe, die die Regierung bewogen haben mögen, für die Einführung des Wehrunterrichts ein unauffälliges Vorgehen zu wählen, dürften einmal darin zu suchen sein, daß man eine Basisdiskussion ausschließen und ethische Bedenken nicht laut werden lassen wollte. Zum anderen sollte wohl auch der Eindruck vermieden werden, als handle es sich bei der Einführung des Wehrunterrichts um eine demonstrative Geste und nicht – worauf denn auch die Regierung der DDR in späteren Gesprächen mit Vertretern der Kirchen Wert legte – um einen ganz normalen Vorgang.

Wenn es angesichts dieser Strategie der Regierung dennoch in der DDR eine öffentliche Diskussion um die Einführung des Wehrunterrichts gegeben hat, dann ist dies vor allem dem Engagement der Kirchen zu danken, die der Besorgnis weiter Teile der Bevölkerung Ausdruck verliehen und die Regierung ersuchten, von ihrem Plan Abstand zu nehmen.

Das Engagement der Kirchen

Allerdings gab es in der Sache kein gemeinsames Vorgehen der beiden Konfessionen. Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen suchte das Gespräch mit der Regierung, informierte die Gemeinden über ihre Bemühungen und erklärte die christliche Friedenserziehung zu einem Schwerpunkt der Gemeindearbeit. Die Katholische Kirche begnügte sich mit einem Brief der Berliner Bischofskonferenz an die Regierung der DDR, der zwar auch den Geistlichen zur Kenntnisnahme zuging, jedoch nicht zur Kanzelverkündigung bestimmt war. Die Unterschiedlichkeit der Reaktionsweisen beider Kirchen versteht sich aus einem unterschiedlichen Aufgabenverständnis der Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft.

Während die Katholische Kirche der DDR die Tendenz zeigt, in der sozialistischen Gesellschaft zu «überwintern», d. h. – um im Bild zu bleiben – möglichst keinen Schritt vor das eigene Haus zu tun und denen draußen in der Unwirtlichkeit der Zeit Geborgenheit zu schenken, also unter Verzicht auf ihre missionarische Sendung sich abzukapseln und sich damit zu begnügen, das innerkirchliche Leben und den institutionellen Bestand zu erhalten, sind – wie der Basler Vortrag des Magdeburger Bischofs Dr. Krusche zeigt – die evangelischen Kirchen, zumindest seit dem Anfang der 60er Jahre, darum bemüht, «Kirche *im* Sozialismus» zu sein, eine Formel, die besagt, daß die evangelischen Kirchen in der DDR ihre spezifische Situation als Kirche im Sozialismus im Licht der Botschaft Christi zu verstehen suchen und sich berufen wissen, auch gesellschaftliche Entwicklungen einer Glaubensreflexion zu unterziehen. Um dies nicht nur ad hoc, sondern kontinuierlich leisten zu können, wurden beim DDR-Kirchenbund Studienabteilungen eingerichtet, die den Kirchenleitungen zuarbeiten und von denen für die Gemeindearbeit Impulse ausgehen. Dies hat sich auch im vorliegenden Falle als sehr dienlich erwiesen.

Der vom 12. Juni 1978 datierte *Brief der Berliner Bischofskonferenz* bekennt sich ausdrücklich zu der «gesamtkirchlichen Aufgabenstellung ..., die Gesinnung des Friedens zu wecken und zu wahren» und hält die «militärische Ausbildung von Schülern» damit für unvereinbar. (vgl. *Kasten*)

Zudem sehen die Bischöfe in der geplanten Einführung einen weiteren Beweis für die Tendenz, «einen staatlichen Totalanspruch auf den Menschen» durchzusetzen. Sie verweisen in diesem Zusammenhang darauf, daß derlei Maßnahmen einen Gegeneffekt in sich tragen, so daß das beabsichtigte Ziel ohnehin nicht erreicht wird.

Friedenserziehung statt Wehrerziehung

«Die militärische Ausbildung von Schülern ist mit einer ... Erziehung zum Frieden nicht vereinbar. Eine solche Ausbildung enthält unvermeidlich die Weckung eines Freund-Feind-Denkens und, wie die Erfahrung zeigt, die Weckung des Hasses – gerade bei noch nicht erwachsenen jungen Menschen. So entsteht zwangsläufig eine neue Belastung junger Menschen, besonders deshalb, weil im Plan der Wehrerziehung für die Jungen militärische Ausbildungslager mit Einübung in den Waffengebrauch vorgesehen sind.» (Berliner Bischofskonferenz am 12. Juni 1978)

«Wir fragen, ob nicht anstelle eines Gleichgewichtes des Schreckens, das immer größere Rüstungsanstrengungen fordert, ein Gleichgewicht des Vertrauens gewonnen werden muß ... Wir fragen, ob nicht vertrauensbildende Maßnahmen und nicht nur Versicherungen freundlicher Gesinnung den Vorrang vor allem haben müssen.

Wir fragen, ob nicht alternative Sicherheitssysteme gefunden und, wenn auch unter gewissen Opfern, verwirklicht werden sollten. (Bischof D. Albrecht Schönherr im Gespräch mit Willi Stoph am 19. Juni 1978)

Der Bischofsbrief stellt eine der Form und der Sache nach deutliche Ablehnung des geplanten Wehrunterrichts dar, ohne diesen allerdings als solchen von der Position einer christlichen Friedensethik und mit dem Blick auf die konkrete Situation des jungen Menschen in der sozialistischen Gesellschaft kritisch anzugehen. So bleibt die Argumentation bei aller Schärfe der Aussage sehr abstrakt, und man fragt sich, wie bei einem solchen Verzicht auf Analyse und Mangel an Reflexion die «gesamtkirchliche Aufgabenstellung» einer Friedenserziehung vor Ort realisiert werden kann.

Evangelische Kirche im Gespräch mit der Regierung

Der Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hatte bereits am 5. Mai 1978 beim Staatssekretär für Kirchenfragen schriftlich angefragt, ob es zutreffe, daß ein Wehrunterricht obligatorisch an den Oberschulen eingeführt werden solle. Diese Anfrage versteht sich aus dem Umstand, daß die Öffentlichkeit bis zu diesem Zeitpunkt über die Absicht der Regierung nicht oder nur gerüchteweise informiert war. So zielte diese relativ frühe Initiative u. a. darauf ab, in der Öffentlichkeit entstandene Unsicherheiten ausräumen zu helfen.

Am 1. Juni wurden Vertreter des Vorstandes vom Staatssekretär für Kirchenfragen umfassend über den geplanten Wehrunterricht und die damit verfolgten Ziele in Kenntnis gesetzt, wobei seitens der Regierung vor allem betont wurde, daß man den Wehrunterricht in Zusammenhang mit der Friedenspolitik der Regierung der DDR sehen müsse. Die kirchlichen Vertreter machten ihrerseits Bedenken hinsichtlich des Alters der Schüler geltend, die mit einer derartigen Dialektik von Friedensdienst und Wehrerziehung überfordert seien, und signalisierten die Gefahr, der Wehrunterricht könne das Bewußtsein der Schüler auf ein Freund-Feind-Denken fixieren und an Gewalt als Mittel zur Lösung von Konflikten gewöhnen. Friedenspolitisch argumentierten sie, die Einführung eines obligatorischen Wehrunterrichts könne außenpolitisch als demonstrativer Akt verstanden

werden und die Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der DDR Schaden leiden.

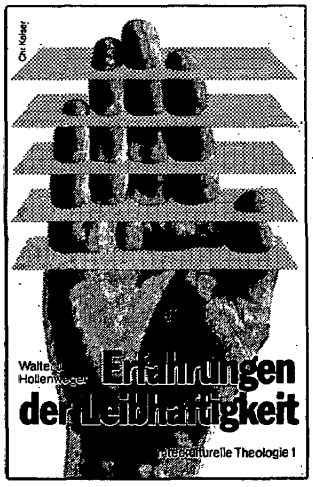
Am 14. Juni nahm die Konferenz der Kirchenleitungen in einer außerordentlichen Sitzung den Bericht ihrer Vertreter über das Gespräch mit der Regierung entgegen und verabschiedete einen weiteren Brief an die Regierung der DDR, worin erneut ihre Bedenken dargelegt und die Bitte wiederholt wurde, von der Einführung des vorgesehenen Wehrunterrichts Abstand zu nehmen. Für den Fall, daß die Regierung diesem Ersuchen nicht entsprechen sollte, plädierte die Konferenz für die Priorität friedlicher Verhaltensweisen im Erziehungsprozeß und verlangte, nach Artikel 20 der Verfassung Gewissensbedenken von Eltern und Schülern zu achten, die einer Beteiligung am Wehrunterricht nicht meinen zustimmen zu können.

Die Konferenz verabschiedete zudem eine kurze *Anrede* an die Gemeinden sowie eine mehrseitige *Orientierungshilfe*.

Information, Friedensethik und Friedenserziehung

Die Anrede an die Gemeinden stellt zunächst den Friedens- und Versöhnungsdienst von Christen und Kirchen als eine unverzichtbare Aufgabe heraus, berichtet dann kurz über die Bemühungen der Kirchenleitungen, die Einführung eines Wehrunterrichts zu verhindern, nennt einige der vorgebrachten Bedenken und stellt in der gegebenen Situation die Erziehung zum Frieden in den Vordergrund.

In der gleichfalls an die Gemeinden gerichteten Orientierungshilfe werden die in der Anrede kurz angesprochenen Punkte entfaltet. Teil I informiert ausführlich über das Gespräch vom 1. Juni, was insofern von Wichtigkeit war, als damit erstmals einer breiten Öffentlichkeit in der DDR eine verläßliche, sachliche und umfassende Information über den Wehrunterricht zuging, einschließlich der Argumente, die in diesem Zusammenhang vom Staatssekretär für Kirchenfragen vorgebracht wurden, sowie der seitens der Kirchenvertreter geäußerten friedensethischen und friedenspolitischen Bedenken.



Eine völlig neue Art, Theologie zu treiben! Biographie, Phantasie, Erfahrung, Konversionen, Splitter und Scherben tagträumender Wahrnehmungskraft, Visionen, Erzählungen, Gebete. Das ist unsystematisch, verletzlich, liebevoll und bekennend dargeboten. Hollenweger nennt seinen Versuch «Interkulturelle Theologie», also ein neues Alphabet, das in den Verständigungsprozessen zwischen Schwarz und Weiß, Land und Stadt, Frau und Mann, Arm und Reich entstehen kann.

Theologie auf dem republikanischen Marktplatz – das bereitet vehemente Leselust! Das ist nicht langweilige Buchführung, sondern ein Ergötzen. Die Kirche ist kein chinesisches Restaurant, wo wir Binsenwahrheiten zu essen bekommen und eine Stunde später wieder hungrig sind. Die Kirche, das ist ein alter, lecker Eimer, voll vom Wasser des Lebens, von dem man trinkt, um niemals mehr zu dürsten. Der Hollenweger erzählt wieder davon ...

Berliner Sonntagsblatt

Walter J. Hollenweger: Erfahrungen der Leibhaftigkeit. Interkulturelle Theologie I. 384 Seiten. Kst. DM 32,–.

CHR. KAISER VERLAG MÜNCHEN

Teil II bringt in vier Punkten eine Kritik an der geplanten Maßnahme der Regierung, und zwar im Kontext der gegenwärtigen Weltsituation, und bestimmt damit zugleich Position und Aufgabe eines konkreten Friedensdienstes der Kirche. So wird in Punkt 1 das politisch-militärische Sicherheitsdenken, das als Argument seitens der Regierung für die Einführung eines Wehrunterrichts ins Gespräch gebracht wurde und im Wehrunterricht die ideologische Rechtfertigung darstellt, mit dem Hinweis in Frage gestellt, daß «ein von Angst und Bedrohung bestimmtes Sicherheitsdenken ... keinen Schritt auf mehr Frieden dar(stellt), weil es zu Handlungen führt, die auf der Gegenseite ebenfalls Angst erzeugen und zur Gegendrohung verleiten». Die weiteren Punkte sind: die Wehrerziehung Minderjähriger als Hindernis für ein Abrüstungsbewußtsein; eine ernstliche Gefährdung der Friedensfähigkeit, «da durch den Wehrunterricht die Möglichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Ost und West als selbstverständlich vorausgesetzt» werde, was dazu führen könne, in späteren Jahren «die Chancen friedlicher Konfliktbewältigung» nicht mehr wahrzunehmen; schließlich die Belastung für die Glaubwürdigkeit der Friedens- und Entspannungspolitik der DDR sowie bezüglich des Zieles «einer Welt ohne Waffen, dem der Sozialismus sich verpflichtet weiß».

Teil III hat die eigene christliche und kirchliche Glaubwürdigkeit zur Voraussetzung. Denn ein entschiedenes Engagement gegen die Einführung eines Wehrunterrichts ist nur dann gerechtfertigt, wenn es «von konsequenter und praktischer Friedenserziehung im eigenen Bereich» begleitet ist. Entsprechend bietet die Orientierungshilfe den Gemeinden ein praktisches Programm der Friedenserziehung, das von der Einübung gewaltloser Konfliktlösungen in allen Lebensbereichen über die Auswahl von Kinderspielzeug bis zur kritischen Prüfung der Schulbücher reicht.

Mit diesem informierenden, positionsbestimmenden, programmatischen und praktischen Text ist der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Tat eine echte Orientierungshilfe gelungen, von der man nur wünschen kann, daß sie auch in katholischen Gemeinden Zugang findet.

Es bleibt noch nachzutragen, daß nach Einführung des Wehrunterrichts auf Veranlassung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen ein Studien- und Aktionsprogramm «Erziehung zum Frieden» beschlossen wurde, dessen erstes Arbeitsergebnis in Gestalt eines Materialangebots zum Thema «Was macht uns sicher?» nunmehr vorliegt. Der Titel läßt einen klaren Bezug zur Orientierungshilfe (II, 1) erkennen. Die dort gestellte Frage, nach dem, «was uns heute wirklich sicher macht», wird aufgegriffen und eingehend behandelt. Einleitend wird anhand des biblischen Zeugnisses die Spannung von Glaubensgewißheit und weltlichem Sicherheitsverlangen – nach reformatorischer Theologie das Verhältnis von certitudo und securitas – aufgewiesen und in ihrer friedenspolitischen Relevanz deutlich gemacht. Es folgen eine Reihe praktischer Vorschläge für die Gestaltung eines Gemeindetages, der das Gespräch um Frieden und Sicherheit in den Gemeinden anregen und für weitere Überlegungen einen Anstoß geben soll. Diese Materialsammlung kann als Beweis dafür genommen werden, daß in den evangelischen Gemeinden der DDR der eingeführte Wehrunterricht als Herausforderung zu einem intensiveren Bemühen um christliche Friedenserziehung begriffen wurde.

Der Einspruch der Kirchen konnte die Einführung des Wehrunterrichts in der sozialistischen Schule der DDR nicht verhindern. Darin war ihr Engagement erfolglos. Doch wirkungslos war es nicht. Auch über den konkreten Anlaß hinaus hat das hier dargestellte Bemühen der Kirchen, speziell das der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, seine Bedeutung, zeigt es doch, wie die Kirchen unter den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft ihren Weltdienst wahrnehmen können.

Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

EIN JÜDISCHER DENKER DER OFFENBARUNG

Franz Rosenzweig, der am 10. Dezember 1929 nach siebenjähriger schwerer Krankheit im Alter von 43 Jahren starb, verdanken wir den bedeutendsten religions-philosophischen Beitrag des deutschen Judentums im 20. Jahrhundert. Was geht uns dieser Denker und Glaubenszeuge Israels heute an? Wie sich uns bei einer Bergwanderung die Konturen der Landschaft erst nach und nach erschließen, so entdecken wir das Sinngefüge eines denkerischen Werkes in seinen zeitgeschichtlichen Bindungen und in seiner darüber hinausweisenden Bedeutung erst Jahrzehnte nach seiner Entstehung. Dies trifft für Franz Rosenzweig um so mehr zu, als die Erstausgabe seiner Gesammelten Schriften durch den holländischen Verlag Martinus Nijhoff in Den Haag erst im Jahre 1976 begonnen hat[1].

Franz Rosenzweigs ge-denken, sein Werk würdigen, heißt für uns, *selbst* denken. Eine «rein objektive» Darstellung darf und kann nicht das Ziel der folgenden Ausführungen sein. Das Denken Rosenzweigs stellt den, der sich von ihm ansprechen läßt, vor die Entscheidung, selbst die menschliche Grundsituation zu bedenken oder, ihr ausweichend, dem Wahngebilde entscheidungsloser, subjektfreier Erkenntnis nachzulaufen.

Dieses Ideal rein objektiver Erkenntnis, insofern es überhaupt je eines war, ist inzwischen auch im Bereich der Naturwissenschaft, wo es neuzeitlich Jahrhunderte herrschte, zusammengebrochen. Die moderne Atomphysik hat gezeigt, daß der methodische und experimentelle Zugriff den untersuchten Gegenstand beeinflußt, so daß eine reine Scheidung zwischen Subjekt und Objekt ausgeschlossen ist. Der Mensch bleibt immer, was er auch treiben mag, und von wo aus er auch immer seine Bohrungen in die dunklen, unerforschten Gebiete der Wirklichkeit ansetzt, selbst mit im Spiel! Diese Menschlichkeit des Denkens und Forschens erhöht sich, wenn die biblische Offenbarung, die Wahrheit des Ganzen, im gewaltigen Spannungsverhältnis von Schöpfung – Offenbarung – Erlösung zur Sprache kommt. Schon in seiner Frühzeit formuliert Franz Rosenzweig den existentiellen Grund-Satz, dem das Wagnis seines Denkens verpflichtet ist, wenn er schreibt: «... wir wollen nicht Philosophen sein, indem wir philosophieren, sondern *Menschen*, und deshalb müssen wir unser Philosophieren in die Form unserer Menschlichkeit bringen.»

Philosophieren in den zwanziger Jahren

Wenn wir uns im folgenden aus *christlicher* Glaubensverantwortung auf das Werk des *jüdischen* Existenz- und Sprachdenkers Franz Rosenzweig einlassen, so geschieht dies in der maßgebenden Erkenntnis, daß auch das Christentum im Lichtschein des Feuers steht, das Mose auf heiligem Boden aus dem brennenden Dornbusch entgegenschlug, als sich ihm der Gott Abrahams, der Gott Isaaks, der Gott Jakobs mit seinem Namen offenbarte (Exodus 3, 1–15). Was die bleibende Bedeutung Rosenzweigs betrifft, so möchten wir jetzt schon betonen, daß wir sie weit über seinen *philosophischen* Neuansatz hinaus in dem erkennen, was dieser anfänglich liberale deutsche Jude durch eine ganz entschiedene, ihm tief bewußte Umkehr zum Sprachgeheimnis der biblischen Offenbarung wurde: nämlich der sprachmächtige Be-denker des Gotteswortes *im folgenreichen Unterschied* zur philosophierenden Vernunft. Als Franz Rosenzweig im Jahre 1921 sein Hauptwerk «Der Stern der Erlösung» veröffentlichte, trifft es im Judentum auf eine Situation, die sein heute noch lebender jüdischer Zeitgenosse Gershom Scholem so beschreibt:

«Man darf wohl ohne Vermessenheit sagen, daß kaum je die jüdische Theologie von solcher Entleertheit und Nichtigkeit gewesen ist, wie in den dem Weltkrieg vorangegangenen Jahrzehnten. Die Unfähigkeit, religiöse Realität in strengen Begriffen zu durchdringen sowie die allen Strömungen gleicherweise mangelnde Bereitschaft, die religiöse Welt des Judentums in ihrer Totalität zu apperzipieren, bedingen die konstitutionelle Schwäche der Produkte jener Jahre.»[2]

Neben diesem spezifisch jüdischen Hintergrund, auf dem Rosenzweigs Denken zu sehen ist, sei kurz die *philosophische Aufbruchsstimmung* der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg vergegenwärtigt. Da ist zunächst einmal an Heideggers neu ansetzendes Denken zu erinnern. In den frühen Freiburger Vorlesungen zur Phänomenologie der Religion und zum neuplatonischen Einfluß auf Augustinus in den Jahren 1920/21 zeigt er mit bohrendem Scharfsinn, wie das *faktische* Leben des Menschen in seiner *geschichtlichen Begrenzung* hier spekulativ übersprungen wird. Durch die denkerische Besinnung auf die Lebenserfahrung des urchristlichen Glaubens gewinnt Heidegger die Leitbegriffe für die Auslegung der zeitlich-geschichtlichen Wesensverfassung des menschlichen Daseins, wie sie ausgearbeitet in «Sein und Zeit» vorliegt. Im Erscheinungsjahr des «Stern der Erlösung», nämlich 1921, veröffentlicht Wittgenstein seinen «Tractatus logico-philosophicus» mit dem Ziel, die Gültigkeit metaphysischer Begrifflichkeit durch *philosophische Sprachkritik* radikal in Frage zu stellen. Der Geist hat nach diesem Entwurf seinen Ort in der Sprache und nicht umgekehrt, in ihr wird alles Menschliche ausgetragen, und die Grenzen der Sprache sind zugleich die Grenzen unserer Welterfahrung. Franz Rosenzweigs innere und nicht nur chronologische Zeitgenossenschaft mit Heidegger und Wittgenstein ist demzufolge einerseits durch seinen konsequenten Rückgang auf die Faktizität des Menschseins in seiner Endlichkeit und andererseits durch die volle Wahrnehmung der *Priorität der Sprache* vor dem Geist-Anspruch der Metaphysik von Parmenides bis zu Hegel gegeben.

Offenbarung: «Ein Keil in die Welt»

Mit dem Hinweis auf die zeitgeschichtlichen Verknüpfungen des «neuen Denkens» ist die Ausgangsbasis für die Entfaltung des Hauptthemas gegeben. In unserem Fall heißt das allerdings, auch schon genauer ins Auge zu fassen, mit welcher Zielrichtung Franz Rosenzweig *seinen* Weg beginnt. Darüber werden wir durch zwei hochbedeutsame biographische Zeugnisse unterrichtet. In einem Brief an seinen christlichen Freund Rudolf Ehrenberg vom 18. November 1917 spricht Rosenzweig vom lange gesuchten «philosophischen Archimedespunkt» für sein Unternehmen. Er schreibt:

«Du entsinnst dich vielleicht noch: auf unserer Harztour 1914, wir traten grade aus einem Tannenwald heraus, am ersten Tag, und sprachen davon, ob und wie man rein philosophisch oder auch nur überhaupt an irgendwelchen aufzeigbaren Kriterien die Offenbarung von aller eigenmenschlichen Erkenntnis abgrenzen könne.»

Mit dieser Bemerkung läßt sich Rosenzweig auf eine Frage ein, die zu den umstrittensten in der jahrtausendealten Geschichte des jüdisch-christlichen Glaubens und seiner Auslegung gehört. Seit biblische Offenbarung und Tradition und philosophisches Denken aufeinanderstoßen, besteht diese Frage, und sie ist bis zur Stunde weder verstummt noch gibt es eine endgültige Antwort darauf, die nachkommende Geschlechter dieser wahrhaft großen, beunruhigenden Existenzfrage enthöbe. Was ist der Anfang, der menschliche Ausgangspunkt für die Begegnung mit der Botschaft der Offenbarung? Nach Franz Rosenzweig ist es der Mensch, wie er leibt und lebt, sterblich, sehnsuchtsvoll, fragwürdig, jedes System wieder zerbrechend, in das man ihn pressen will; es ist der Mensch, der ist, indem er vergeht, der Mensch aus Staub und Asche. Wie aber, wenn trotzdem dem Menschen, diesem undefinierbaren Wesen, das mit dem Augenblick der Geburt schon zu sterben beginnt, Offenbarung geschähe, sich geschichtlich schon ereignet hätte? Rosenzweig hebt in seinem Brief an Ehrenberg den herausfordernden Unterschied der Offenbarung im Vergleich zur bestehenden Welt hervor, wenn er sagt:

---

[1] Bisher sind erschienen: Der Stern der Erlösung, hrsg. von Reinhold Mayer, Den Haag 1976; Briefe und Tagebücher, 1. Band: 1900–1918, hrsg. von Rachel Rosenzweig und Edith Rosenzweig-Scheinmann unter Mitwirkung von Bernhard Casper; Briefe und Tagebücher, 2. Band: 1918–1929, Gesamtumfang 1334 Seiten, Den Haag 1979.

[2] Vgl. G. Scholem, Judaica 1, Frankfurt 1963, 229.

Befreiende Selbsterkenntnis

Werkwochen christlicher Persönlichkeitsbildung

I –	Aufbau der Persönlichkeit:	10.–16. Februar 80 7.–13. Juli 80 13.–19. Oktober 80
II –	Entwicklung der Persönlichkeit:	1.–7. Januar 80 22.–28. August 80
III –	Das Gemütsleben:	14.–20. April 80
IV –	Körper und Persönlichkeit:	3.–9. November 80

Diese Werkwochen werden in regelmäßigen Abständen wiederholt, wobei die Teile II, III und IV jeweils die erste Woche voraussetzen.

Leitung: Jean Rotzetter SJ, Sr. Anne-Marie Bühler, Ärztin, Sr. Andrea Dicht.

Auskunft und Anmeldung: Notre-Dame de la Route, 21, chemin des Eaux-Vives, 1752 Villars-sur-Glâne/Fribourg, Tel. (037) 24 02 21.

«Die Offenbarung schiebt sich als ein Keil in die Welt; das Dies kämpft gegen das Dies. Deshalb ist der Widerstand des Propheten gegen seine Sendung, sein Kampf gegen das mählich steigende Bild unverwechselbar mit sittlichen Kämpfen. Es streitet da nicht das Höhere gegen das Geringere, sondern *das Geheißene gegen alles andere, was bloß möglich wäre,* unbeschadet dessen, daß zu diesem Möglichen auch das ‹Hohe› gehört. Es fehlt jede Vergleichbarkeit, jede Einordenbarkeit in das System des Höheren und Niederen.»

Zugleich jüdisch und philosophisch

Die zweite, für den tiefen Schöpfungston des Hauptwerkes maßgebende Stelle findet sich in einem Brief Rosenzweigs aus dem Jahre 1928, seinem vorletzten Lebensjahr. Er spricht dort, zurückblickend auf die Entstehung des «neuen Denkens», von seiner Krise als Philosoph, die durch den ersten Satz der Bibel, der «mit unwidersprechlicher Evidenz vor mir stand», unausweichlich geworden sei. Der Unterschied zwischen Philosophie und Offenbarung ist mit diesen Aussagen scharf bezeichnet. Nach dem Scheitern der Versuche des deutschen Idealismus, die biblische Offenbarung einem metaphysischen Systembau einzuordnen, wird mit Rosenzweigs «Stern der Erlösung» der Streit zwischen Philosophie und Glaube neu entfacht. Das befehlende Wort Gottes bricht in die Geschichte Israels ein, ja es konstituiert sie als solche überhaupt erst, indem es das jüdische Volk auf einen *einzigartigen* Geschichtsweg sendet. Für den Glauben Israels sind nicht geschichtsunabhängige Ideen bestimmend, sondern sein Schicksal ist auf Gedeih und Verderb an *geschichtliche Ereignisse,* die Befreiung aus dem Sklavenhaus Ägypten und die Sinai-Offenbarung, gebunden. Diese Offenbarung schiebt sich in der Tat «als ein Keil in die Welt». Gott erschließt sich in ihr durch sein Wort als der Einzige und Unvergleichliche (Jes 40, 18; 44, 8). Aber dieser Gott der geschichtlichen Führung und Wegbegleitung ist auch zugleich gemäß dem ersten Satz der Bibel der Schöpfer von Himmel und Erde. Rosenzweig denkt von Anfang an aus dieser durch die Offenbarung bezeugten und nie in Frage gestellten gewaltigen Einheit von Schöpfung und Geschichte. Von diesem durch die Souveränität des Gotteswortes *gesetzten* Anfang, von diesem, *daß Gott schuf,* weiß die Philosophie nichts. Sie spricht, wie im Griechentum, vom ewigen, in sich selber ruhenden Kosmos oder von einer «ersten Materie», die allem gestalteten Seienden ewig vorausgeht. Oder die Natur wird, wie zum Beispiel im Denken Spinozas, als ursprungslos angesehen und so in ihrer Unendlichkeit zum Gott gemacht. In der Identitätsphilosophie Schellings wird das Geschaffene zur Prozeßstätte der Selbstwerdung Gottes.

In diese Setzungen der Metaphysiker fährt wie ein Blitzschlag das biblische Offenbarungswort, daß Gott schuf. Gott ist nicht das Licht, sondern *es werde Licht* (Gen 1, 3), *weil Gott sprach!* In einer kritischen Phase seines Denkens geht Franz Rosenzweig an diesem Wort der fundamentale Zusammenhang von *Schöpfung und Sprache* auf. Ihm entspringt die Möglichkeit von *Zeit und Geschichte,* denn durch die geschaffenen Dinge bildet sich allererst der Zeit-Spiel-Raum für die Entfaltung der Sprach-Geschichte des Menschen. Sie ist biblisch betrachtet ein Entscheidungsweg im Kampf des Guten mit dem Bösen, der durch die bleibende Schöpfergüte Gottes gemäß der Noah nach der Sintflut gegebenen Verheißung von Geschlecht zu Geschlecht erhalten bleibt.

Was Franz Rosenzweig im Jahre 1921 mit dem «Stern der Erlösung» veröffentlicht, will er als ein vom *jüdischen* Standort aus geschriebenes und zugleich als ein *philosophisches* Buch verstanden wissen. Wie geht das zusammen? Muß sich der Verfasser durch diese Zielsetzung nicht von vornherein den Vorwurf gefallen lassen, er verwische dadurch den *Unterschied* zwischen Philosophie und Offenbarung, Denken und Glauben? Mit welchem Recht erhebt er für sein Hauptwerk auch einen philosophischen Anspruch, wo doch dessen tragende Grundsäulen mit den aus der Bibel stammenden Leitworten Schöpfung – Offenbarung – Erlösung bezeichnet sind? Wenn für das philosophische Fragen im strengen Sinne die biblische Offenbarung keine verpflichtende Autorität ist, weil die Sache der Philosophie ihre eigene, unverwechselbare Würde hat, wie ist dann trotzdem die Verbindung von Denken und Glauben zu rechtfertigen? Was Rosenzweig betrifft, so hat er das Entscheidende schon in den zitierten Briefstellen ausgesprochen. Israel ist Gottes einzigartige Namensoffenbarung *in geschichtlichen Ereignissen* widerfahren und nur kraft dieser Erwählung, kraft dieses Bundesschlusses, ob nun im Glauben bezeugt oder in Abtrünnigkeit bestritten, gibt es Israel und das Judentum. Dieser Gott der geschichtlichen Führung, der immer nur situationsbedingt gegenwärtig ist, er ist zugleich der Herr der Schöpfung. Was dieser umfassende Wahrheitsanspruch, der schlechthin alles, was es gibt, einschließt, in der Sprache der *Offenbarung* bedeutet, dies nachdenkend zu beantworten gehört zur Bestimmung des glaubenden Menschen.

Philosophie als Ja und als Nein

Mit dem «Stern der Erlösung» betritt Rosenzweig die Bahn des Existenz- und Sprachdenkers, die er bis zu seinem Tode am 10. Dezember 1929 nicht mehr verlassen wird.

Wir berücksichtigen zunächst die *erkenntnisphilosophische* und *sprachtheologische* Seite dieses großen Buches. Sie ist allerdings so stark mit der jüdischen Selbstbestimmung aus dem biblischen Offenbarungswort und zugleich mit der kritischen Würdigung des Christentums verknüpft, daß das eine vom andern nicht getrennt werden kann. Der Ausgangspunkt für das Erkennen ist die schonungslose Wahrnehmung der Sterblichkeit des Menschen. Alle idealistische Metaphysik, gleich welcher Herkunft, weicht diesem unentrinnbaren Faktum aus, sei es in die reine Wesensschau der Dinge, in eine Ontologie des Alls, oder sei es in eine Unsterblichkeitslehre, die dem Tod ebenso seinen Stachel nimmt. Wenn aber menschliche Existenz in ihrem Wesensgrund Sein zum Tode ist, dann ist sie unausweichlich mit dem Nichts konfrontiert. Die entscheidende Frage ist nur, ob dieses Nichts das Nichts der Ver-nichtung ist oder ein Etwas, das *mit nichts Seiendem,* also mit nichts von dem vergleichbar ist, was der Mensch unterwegs zum Tode antrifft. Ist also am Anfang, um mit Rosenzweig zu reden, das Ja oder das Nein? Muß nicht auch Gott notwendig als ein Nichts bestimmt werden, *im Vergleich zu allem was ist,* indem es vergeht? Rosenzweig ringt im ersten Teil seines Werkes um eine nähere Bestimmung dieses abgründigen Verhältnisses zwischen der Sterblichkeit des Men-

schen und dem in ihr aufklaffenden Nichts. Dieses Nichts kann nicht das Nein zu allem sein, was es gibt, weil jedes seiende Etwas, in dem *es überhaupt ist,* schon ein Ja zum Sein verkörpert. Der unergründliche Anfang, der Ursprung der Dinge ist nicht und niemals das Nein, sondern ein auch noch das Todesdunkel durchstrahlendes Ja. Im Anfang ist das gebende Ja. Daß der sterbliche Mensch zu dieser ontologischen Ursprungserfahrung fähig ist, verdankt er dem *Wunder der Sprache.* Wort und Sprache werden von diesem Ur-Ja des Anfangs getragen, oder wie es Franz Rosenzweig – im Ohr den ersten Satz der Bibel – formuliert:

«Das ist die Kraft des Ja, daß es überall haftet, daß nur begrenzte Möglichkeiten von Wirklichkeit in ihm liegen. Es ist das Urwort der Sprache, eins von denen, durch die – nicht etwa Sätze, sondern erst einmal überhaupt satzbildende Worte, die Worte als Satzteile, möglich werden. Ja ist kein Satzteil, aber ebensowenig das kurzschriftliche Siegel eines Satzes, obwohl es als solches verwendet werden kann, sondern es ist der stille Begleiter aller Satzteile, die Bestätigung aller Satzteile, die Bestätigung, das ‹Sic›, das ‹Amen› hinter jedem Wort. Es gibt jedem Wort im Satz sein Recht auf Dasein, es stellt ihm den Sitz hin, auf dem es sich niederlassen mag, es ‹setzt›. Das erste Ja in Gott begründet in alle Unendlichkeit das göttliche Wesen. Und dies erste Ja ist ‹im Anfang›.»

Rosenzweig entwickelt im ersten Teil seines Hauptwerks «Der Stern der Erlösung» von diesen ontologischen Kernsätzen aus eine Philosophie des Ja *und* Nein, wie sie der Endlichkeit des Menschen entspricht. Weil der Mensch vergänglich ist, vermag er nicht nur im Ja, in der Bejahung zu existieren. Sein Leben ist an ein weiteres Urwort, an das «und» gebunden. Menschliches Dasein vollzieht sich als unterscheidende und kämpfende Freiheit im Ja *und* im Nein, in der Bejahung *und* Verneinung. Aber Ja und Nein, Spruch und Widerspruch des vergänglichen Menschen sind in sich nur möglich kraft der absoluten Positivität der schon vor-gegebenen Schöpfung, die nicht einfach als ein für allemal vorhandene Wirklichkeit begriffen werden darf, sondern in ihrem Wesen je neue Gabe des Gebenden ist. Diese nicht vom Menschen abhängige, nicht von ihm hervorgebrachte *Positivität der Schöpfung* reicht bis in jene dunkle Ursprungstiefe der Dinge, wo das Etwas wie aus dem Nichts zu entspringen scheint. Hier spricht Rosenzweig im Übergang zum zweiten Teil des Hauptwerks, den er «das Herzstück des Ganzen» nennt, im «immerwährenden Geheimnis der Schöpfung das allzeit-erneute Wunder der Offenbarung» an.

Indem der deutsche Jude Franz Rosenzweig davon handelt, steht er zwar auch in der Überlieferungslinie, die von dem jüdischen Religionsphilosophen Moses Maimonides (1135–1204) über Baruch Spinoza (1632–1677) zu Hermann Cohen (1842–1918) reicht, aber sein Versuch, die biblische Offenbarung denkerisch zu verantworten, geht entschieden über diese Positionen hinaus. Maimonides folgt dort, wo er philosophiert, der Denkbahn einer aristotelischen Metaphysik des Geistes und des Intellekts, Spinoza vertritt in seiner Kritik der Theologie eine Substanz-Metaphysik, die nicht über die Grundstellung Descartes' hinausführt, und Cohen schließlich bleibt in seiner Denkweise Kants Transzendentalphilosophie verpflichtet. Maimonides, Spinoza und Cohen machen die Sprache als Urelement, in dem sich jede Denkweise immer schon bewegt, nicht zum Thema ihrer Philosophie.[3] Insofern gehört ihre Denkart in die abendländische Überlieferung sprachvergessener Metaphysik.

Der Neuansatz bei der Sprache

Mit der Destruktion der idealistischen Metaphysik fällt für Rosenzweig der Primat des «Geistes» gegenüber der Sprache. Gott schuf nicht als Geist, nicht als Idee, nicht als das Sein schlechthin, nicht als der Weltgrund, sondern indem Gott *sprach,* schuf er die Welt. Rosenzweig denkt dieser biblischen Urerfahrung nach, und er erläutert das Verhältnis von *Schöpfung und Offenbarung* in ihrem Licht. Die Logik der Sprache und ihrer Grammatik reicht bis in den Schöpfungsanfang zurück. Im «Stern der Erlösung» heißt es dazu:

[3] Zu dieser Thematik vgl. M. Schwarcz, Franz Rosenzweigs Stellung in der jüdischen Philosophie, in: Freiburger Rundbrief (Beiträge zur christlich-jüdischen Begegnung), 24 (1972) 128–144.

«Die Weissagung der Urworte der Logik findet ihre Erfüllung in den offenkundigen Gesetzen der wirklichen Worte, den Formen der Grammatik. Denn die Sprache ist wahrhaftig die Morgengabe des Schöpfers an die Menschheit und doch zugleich das gemeinsame Gut der Menschenkinder, an dem jedes seinen besonderen Anteil hat, und endlich das Siegel der Menschheit im Menschen. Sie ist ganz von Anfang, der Mensch wurde zum Menschen, als er sprach; und doch gibt es bis auf diesen Tag noch keine Sprache der Menschheit, sondern die wird erst am Ende sein.»

Erst Franz Rosenzweig wagt es, nach der *ontologischen* Tragweite der *biblischen* Spracherfahrung zu fragen. Er trägt nicht Philosophie an die Bibel heran, um dort Beweisstücke für jene zu finden, sondern indem er sich auf das Wort der Schrift einläßt, folgt er seinem alles Geschaffene treffenden Wahrheitsanspruch. So entwirft er vom biblischen Schöpfungsbericht aus eine «Logik der Schöpfung», in der sich die Besinnung auf das Geschaffensein der Dinge «Im Anfang» richtet. Ihr «Schon-da-sein» ist der Ursprung, die Ur-sache, die Voraus-setzung für alles menschliche Tun und Lassen.

Auch die weltentrückte, weltflüchtige Spiritualität fernöstlicher Überlieferungen vermag daran nichts zu ändern. Selbst die vollkommene Weltverneinung in strengster buddhistischer Selbstüberwindung setzt voraus, *daß* es Widerstand bietende Dinge gibt, an welchen überhaupt eine Verneinung oder ein Mitleiden ansetzen kann. Und schließlich ist es immer noch der Mensch selbst, der in Askese und Meditation bis zur höchsten Stufe der Erleuchtung unüberspringbar anwesend ist. Rosenzweig unterschätzt zwar dort, wo er in seinem Hauptwerk vom «Geist Asiens» spricht, die visionäre Gewalt, mit der beispielsweise der Buddhismus die Vergänglichkeit des Menschen und die Unbeständigkeit aller Dinge wahrnimmt. Er fragt sich auch nicht, was die Botschaft des Schweigens und der Stille in meditativer Versenkung und Erleuchtung für den *westlichen* Menschen bedeuten könnte und inwiefern die buddhistische Erfahrung der universalen Leidensverhaftung allen Lebens auch etwas trifft, was der Bibel nicht fremd ist. So sehr demgemäß seiner *zu negativen* Beurteilung der Religionen Asiens widersprochen werden muß, so ist doch zu betonen, daß Franz Rosenzweig mit der Erkenntnis des Schon-da-seins der Dinge durch ihr Geschaffensein «im Anfang» in die unergründliche Tiefe des Weltgeheimnisses blickt, an dem alles, was ist, teilhat.

„Theologie ohne Humor ist blasphemisch"
Jakob J. Petuchowski

„Urgestein erzählender Theologie"
(Christ in der Gegenwart)
„Der bibliophil gestaltete Band verlockt zum Lesen und hat Überraschungen bereit"
(Welt der Bücher)
„Die Lektüre dieses Buches ist wie ein Abenteuer" *E. Wiesel*

144 S., geb. 17,80 DM (18492)

Symbolgehalt und Zeichenhaftigkeit einer Landschaft

Dieses Buch, das von der Wüste und von Begebenheiten in ihr erzählt, ist für alle geschrieben, die ‚Wüste' in ihrem Alltag erleben. Es zeigt, spannend und auf das Wesentliche konzentriert, was Wüste dem Menschen bedeuten kann, was sie ihm an Sinn geben kann.

152 S., geb. 19,80 DM (18878)

Herder Freiburg · Basel · Wien

Der Neuansatz beim biblischen *Urvertrauen in die Sprache* wird zum Gericht über die Sprachohnmacht idealistischer Metaphysik. Die Vorherrschaft des Geistes und seiner sprachvergessenen Logik führt in Hegels Dialektik des absoluten Wissens schließlich zur Aufhebung und Auflösung der Offenbarung in Philosophie. Rosenzweig analysiert diesen Prozeß als einen *Treuebruch im Verhältnis des Menschen zur Sprache.* Eine positive Bestimmung des menschlichen Daseins in der Sprache gibt er hierauf durch eine grammatische Analyse von Genesis 1, die in ihrer wegweisenden Klarheit ein großartiges Stück Sprachtheologie darstellt, das man auf christlicher Seite immer noch vergeblich sucht. Auch sie steht noch im Vorfeld der «Offenbarung», des zweiten Grundworts im «Stern der Erlösung». Nun hängt aber für das weitere Verständnis der Gedankengänge Rosenzweigs viel davon ab, daß wir die Dreiheit Schöpfung – Offenbarung – Erlösung nicht als Stufen einer Evolution verstehen, in der eine die andere ablöst. Es handelt sich hier nicht um eine Aufeinanderfolge von Wirklichkeiten, sondern der Weg des Menschengeschlechts verläuft im Zeitspielraum *zwischen* Schöpfung und Erlösung. Gott selbst braucht Zeit, wenn er sich dem zeitbedingten Menschen offenbaren will. Und der die Offenbarung empfangende Mensch kann sie als sprachbegabtes Wesen nur *innerhalb* der Beständigkeit der Natur als Schöpfung hören. Wir stoßen also mit der im biblischen Glauben vielfach bezeugten Dreiheit von Schöpfung – Offenbarung – Erlösung auf das Rätsel der Zeit und der sich täglich erneuernden Schöpfung. Eine zeitenthobene Theorie dieser *Zeit als Geschichte* kann es aber nicht geben, weil der Mensch sich immer schon als zeitlich bedingtes Wesen antrifft.[4] Ist ein solcher Versuch schon innerhalb der Philosophie zum Scheitern verurteilt, so wird er angesichts der Glaubensgeschichte Israels erst recht zunichte. Die Israeliten haben nicht zuerst eine Theorie der Geschichte entworfen, um dann danach zu handeln, sondern die *faktische Betroffenheit* durch das göttliche Offenbarungswort im Sklavenhaus Ägypten, am Sinai, im Babylonischen Exil und in der nachbiblischen Leidensgeschichte der Juden bis herauf in das furchtbare 20. Jahrhundert der sogenannten «Endlösung» der Judenfrage hat ihnen allererst die Möglichkeit gegeben, Geschichte als den Kampfplatz um die Heiligung des Gottesnamens, des Einzigen und Unvergleichbaren (1 Sam 2,2; Jes 40, 18.25), auszulegen. Der Einbruch des Ewigen in die Zeit konstituiert unwiderruflich die Geschichte Israels.

«Das ewige Volk»

Die *Offenbarung* kommt durch das Wort Gottes, durch den «Spruch des Ewigen», in die Welt. Franz Rosenzweig hat im «Stern der Erlösung» diese urbiblische «Ich der Ewige» so ausgelegt, daß sein Ursprung in der majestätischen Transzendenz des Einzigen sich unterscheidungsmächtig einprägt. Er schreibt:

«Das ‚Ich der Ewige', dies Ich, mit dem als dem großen, die eigene Verborgenheit verneinenden Nein des verborgenen Gottes die Offenbarung anhebt, begleitet sie durch alle einzelnen Gebote hindurch. Dies ‚Ich der Ewige' schafft der Offenbarung im Propheten ein eigenes Werkzeug und einen eigenen Stil. Der Prophet ist nicht Mittler zwischen Gott und den Menschen, er empfängt nicht die Offenbarung und gibt sie weiter, sondern unmittelbar aus ihm tönt die Stimme Gottes, unmittelbar aus ihm spricht Gott als Ich ... Gottes Ich bleibt das Stammwort, das durch die Offenbarung als ein Orgelpunkt hindurchgeht, es sträubt sich gegen jede Übersetzung ins Er, es ist Ich und muß Ich bleiben. Nur das Ich, kein Er, kann den Imperativ der Liebe sprechen; er muß immer nur lauten: liebe mich.»

Israel, durch Gottes unerforschlichen Ratschluß *erwählt,* die Gabe der Tora in der Sprache des Menschen zu empfangen, ist der geschichtliche Ort dieser Selbsterschließung Gottes gegenüber den sterblichen Menschen. Rosenzweig spricht im *dritten* Teil seines Hauptwerks von dieser Berufung Israels Aug in Aug gegenüber dem Christentum. Er sieht das Judentum als «das ewige Volk», das, ausgesondert aus den Völkern der Erde, das Königtum Gottes, den verheißenen Messias erwartet und ihm in unaustilgbarer Hoffnung entgegenharrt. So werden Warten und Wandern zum Kennzeichen jüdischer Existenz. Aber uns scheint, daß Rosenzweig dort, wo die nähere Bestimmung des Judentums als des «ewigen Volkes» ausdrücklich thematisch wird, der Gefahr einer *idealistischen* Wesensbeschreibung nicht entgeht. Er stellt sein Judentum so hoch über die Gegensätze und Spannungen der Völkergeschichte, er hebt es so radikal über die Welt-Geschichte hinaus, daß man sich beklommen fragt, wie die Botschaft von der kommenden Erlösung, die doch nach ihrer prophetischen Selbstaussage für die ganze Menschheit bestimmt ist, die anderen Völker überhaupt noch erreichen kann. Sicher ist die *Erwählung* Israels ein bleibendes Ärgernis. Jüdischer Glaube hat sich immer schon jeder geschichtlich-philosophischen Integration dieses Faktums widersetzt, und es ist den christlichen Dogmatikern nicht gelungen, den *messianischen* Stachel aus dem Fleisch des Judentums zu ziehen. Aber, so müssen wir gleichwohl hartnäckig weiterfragen: hat Franz Rosenzweig seine Idee von der «Ewigkeit des ewigen Volks», das still und seitenblicklos ein «ewiges Leben» jenseits der Macht der Welt-Geschichte führt, nicht um einen zu hohen Preis erkauft? Ist diese Loslösung aus der konkreten Geschichte, der von Rosenzweig beschriebene Auszug des Judentums in ein staatsloses Nirgendwo, jedenfalls in diesem Werk, nicht auch als ein Rückzug in eine «Überwelt» zu verstehen, in deren begrifflicher Fassung doch noch Hegel und Schelling nachwirken? Könnte diese im «Stern der Erlösung» bestehende Tendenz, die sich auffallend schon in der Gliederung des Werks abzeichnet, nicht der Grund dafür sein, daß die prophetischen Verheißungen von der Rückkehr der Juden in das Gelobte Land überhaupt nicht zur Sprache kommen? Und ist nicht auch der völlige Ausfall der schöpferischen Weltleidenschaft des Judentums in Wissenschaft und Kunst bei Rosenzweig auf seine merkwürdige Enthaltsamkeit gegenüber den weltlich-zeitlichen Existenzverhältnissen des Menschen zurückzuführen? Hat vielleicht nicht das allzustarke Strahlen der «ewigen Überwelt», das Leitwort, das über dem dritten Teil des Werkes steht, die Wahrnehmungsorgane für die *apokalyptische* Dimension der Weltgeschichte verbrannt? Besonders darauf hat Gershom Scholem schon im Jahre 1932, anläßlich der Neuauflage des «Stern der Erlösung», hingewiesen, wenn er sagt:

«Die Apokalyptik, die als ein ohne Zweifel anarchisches Element für Lüftung im Haus des Judentums gesorgt hat, die Erkenntnis von der Katastrophalität aller historischen Ordnung in einer unerlösten Welt, hat hier in einem tief um Ordnung besorgten Denken eine Metamorphose durchgemacht, in der die zerstörende Macht der Erlösung nur mehr als Unruhe in das Uhrwerk des Lebens im Licht der Offenbarung eingebaut erscheint. Denn daß der Erlösung nicht nur eine befreiende, sondern auch eine zerstörende Gewalt innewohnt – eine Wahrheit, der nur allzuviele Theologen des Judentums sehr ungern sich eröffnen und der auszuweichen eine ganze Literatur sich plagt – konnte freilich einem Denker vom Rang Rosenzweigs niemals verborgen bleiben; so suchte er sie wenigstens in einer höheren Ordnung der Wahrheit aufzuheben. Wenn der Blitz der Erlösung das Weltall des Judentums steuert, so ist hier das Leben des Juden der Blitzableiter, der seine zerstörende Gewalt zu brechen bestimmt ist.» (Judaica 1, 232 f.)

(Schluß folgt) *Walter Strolz, Freiburg i. Br.*

DER AUTOR, Dr. Walter Strolz, hat vor kurzem im Herder-Verlag zwei Sammelbände herausgegeben: «Aus den Psalmen leben. Das gemeinsame Gebet von Kirche und Synagoge neu erschlossen» (223 S., DM 25,80, mit Deutungen der Psalmen 1, 8, 16, 19, 27, 42/43, 51, 73, 86, 90, 91, 104, 109, 122 und 139 durch jüdische und christliche Theologen) und «Schöpfung und Sprache» (159 S., DM 24.–, mit 2 alttestamentlichen und 3 literaturwissenschaftlichen Beiträgen). Beide Bücher führen auf verschiedenen Wegen an die Bibel heran: das eine, indem es die Gebetssprache der alten Israeliten erschließt (wobei vor allem die 7 jüdischen Beiträge originell wirken), das andere, indem es bibeltheologisch (Schöpfung durch das Wort im AT, Schöpfungssprache in den Psalmen) und literarisch (von Goethe bis Hermann Broch) die Beziehung zwischen Schöpfung und Sprache vergegenwärtigt. (Red.)

[4] Vgl. W. Strolz, Gabe und Last der Zeit, in: Aus den Psalmen leben, Freiburg 1979, 146–160.

Soziale Sicherheit?

Nach welchen Maßstäben und Grundsätzen sollen Alterssicherung, Unternehmen, Staat und Wirtschaft geordnet werden? Was hat die Kirche zur Lösung dieser Fragen beizutragen? Auf diese Fragen gibt der heute 89jährige *P. Oswald von Nell-Breuning SJ* bei souveräner Kenntnis der Materie und bei Berücksichtigung des neuesten Standes von Sozialwissenschaften und Literatur wegweisende Antworten in seinem kürzlich erschienenen Werk *«Soziale Sicherheit? Zu Grundfragen der Sozialordnung aus christlicher Verantwortung»* (294 Seiten, DM 34,–, Verlag Herder, Freiburg i. Br. 1979).[1]

Alterssicherung

Im I. Teil seines Werkes («Soziale Sicherung des Alters») hat Nell-Breuning die deutsche Altersrentenversicherung im Auge, weist aber auf Grundtatsachen und Maßstäbe hin, die z. B. auch in der schweizerischen Altersversicherung höchste Beachtung verdienen. Er lehnt das Kapitaldeckungsverfahren ab: «Der Lebensunterhalt einer Bevölkerung läßt sich immer nur aus der laufenden Gütererzeugung, nicht aus gespeicherten Vorräten, am allerwenigsten aus Desinvestition akkumulierter Kapitalien decken» (16). Man kann nur von dem leben, was laufend an Verbrauchsgütern und an Sozialprodukt geschaffen wird. Deshalb können Altersrenten nur durch Konsumverzicht der arbeitenden Bevölkerung, durch Kaufkraft- und Einkommensübertragungen von der arbeitenden auf die nicht mehr arbeitende Bevölkerung finanziert werden: durch ein Umlageverfahren also. Die laufenden Renten sind aus den laufenden Versicherungsprämien zu zahlen. Werden die Renten auf diese Weise finanziert, dann sind sie sowohl konjunktur- als auch geldwertneutral.

Wenn man heute den Geburtenrückgang als Argument gegen ausreichende Altersrenten ins Feld führen will, so antwortet Nell-Breuning: «Schon bei der *heutigen* hohen Arbeitsproduktivität, erst recht bei deren mit Sicherheit zu erwartenden ständigen weiteren Steigerung, kann eine sehr kleine Minderheit Erwerbstätiger eine große Mehrheit noch nicht oder nicht mehr Erwerbsfähiger nicht nur auskömmlich, sondern gut und reichlich versorgen und unterhalten ... Auch bei extrem ungünstiger Altersstruktur der Bevölkerung können wir unsere Alten gut und reichlich versorgen. Die Frage ist nicht, ob wir das können, sondern ob wir das *wollen*, ob die Arbeitsfähigen bereit sind, so viel vom Ertrag ihrer Arbeit abzugeben, daß auch die noch nicht und die nicht mehr Arbeitsfähigen davon menschenwürdig leben, im Ruhestand die einmal errungene Lebenshaltung beibehalten können»» (75). Die Frage ausreichender Altersrenten ist also vor allem eine Frage der Moral und der Solidarität, nicht der Finanzen und der Volkswirtschaft.

Anderseits fordert Nell-Breuning, daß die Familien, welche die künftige Generation erziehen, die einmal den Lebensunterhalt der Betagten erarbeiten und finanzieren muß, auch entsprechend ihrer Kinderzahl genügend Familien- und Kinderzulagen erhalten – auf Kosten derer, die keine Kinder haben. M. a. W.: Die heute produktive Generation (die Generation n) muß die ihr vorausgegangene Generation n-1 im Alter versorgen *und* die ihr nachfolgende Generation n+1 aufziehen; wer zu letzterem mehr beiträgt, müßte von Rechts wegen zu ersterem weniger herangezogen werden. Eine Alterssicherungspolitik ohne eine ausreichende, lastenausgleichende Familienpolitik ist sehr ungerecht, denn die Kinderlosen würden in ihrem Alter z. T. auf Kosten der Erziehungsleistungen der Familien leben.

Mitbestimmung und Unternehmensverfassung

Im II. Teil («Mitbestimmung – Unternehmensverfassung») lehnt Nell-Breuning die liberalkapitalistische Auffassung vom Unternehmen entschieden ab. Ein Unternehmen ist ein Sozialgebilde, ein Verbund zu gemeinsamer Leistung kooperierender Menschen, nicht einfach der Inbegriff aktiver und passiver Vermögenswerte und Verfügungsobjekt des oder der Kapitaleigner.

Ein Unternehmen ist auch nicht primär eine Einrichtung zur Erzielung maximaler Kapitalgewinne, sondern eine Wertschöpfungsanstalt und Versorgung der Kundschaft unter den Bedingungen von geringstmöglichem Wertverzehr, geringstmöglicher Belastung der Umwelt und der arbeitenden Menschen.

Soll nun diese volkswirtschaftliche und menschengerechte Auffassung vom Unternehmen der Maßstab einer Unternehmenspolitik sein, dann müssen in deren Zielhorizont nicht nur die Kapitalinteressen und der Verzehr von Kapitalwerten, sondern auch die Lebensinteressen der Arbeitnehmer durch deren Mitbestimmung auch auf Unternehmensebene voll zur Geltung kommen. Erst die paritätische Mitbestimmung bringt die Werte der Arbeit in die unternehmerischen Entscheidungen ein.

Nell-Breuning weist auch ausdrücklich darauf hin, daß eine Vielfalt von Leistungen der Allgemeinheit – insbesondere der öffentlichen Gemeinwesen – die Unternehmen mitkonstituieren und die unerläßlichen öffentlichen Voraussetzungen bzw. Vorleistungen privater unternehmerischer Leistungen bilden. Daraus läßt sich auch ein Mitbestimmungsrecht der Öffentlichkeit ableiten; schwierig sei es aber, dieses Mitbestimmungsrecht zu konkretisieren und die berufenen und zugleich sachkundigen Träger dieses Rechtes zu finden.

Staat, Demokratie, Grundwerte

Im III. Teil («Der Staat und die Grundwerte») erörtert Nell-Breuning die Rolle von Grundwerten oder sittlichen Grundüberzeugungen in Staat und Demokratie. Der pluralistische Staat verzichtet – im Gegensatz zum feudalistischen und totalitären Staat – darauf, dem Staatsvolk weltanschauliche und sittliche Überzeugungen aufzuzwingen und mit Gesinnungsterror einen totalen Konsens zu erreichen. Aber auch die Demokratie kommt ohne ein Minimum an allgemeinen sittlichen Überzeugungen nicht aus und muß Grundwerte (wie Leben, Freiheit, öffentliche Ordnung und Sicherheit, allgemeine Wohlfahrt, Gewissens-, Presse- und Meinungsfreiheit, weltanschauliche Toleranz u. a. m.) durch Gesetz und Strafrecht schützen, wenn sie eine Demokratie bleiben und nicht in Anarchie und Chaos absinken will. Die Toleranz hat ihre absolute Grenze bei verbrecherischer und totalstaatlicher Gesinnung. Sinkt die Toleranz ab in bequeme Indifferenz, in schamlose und verantwortungslose allgemeine Skepsis, dann schlägt die Demokratie automatisch um in Gesinnungsterror und totalen Staat.

Das staatsnotwendige Minimum an Konsens und allgemeinen sittlichen Überzeugungen kann aber der demokratische Staat nicht unmittelbar selber liefern und erzeugen. Er ist – mindestens in erster Linie – nicht Erzeuger, sondern Empfänger sittlicher Überzeugungen und Werte. In der Demokratie ist es also das Staatsvolk, sind es insbesondere Gesinnungs- und Religionsgemeinschaften wie etwa Kirchen und Gewerkschaften, welche Wertüberzeugungen in das öffentliche und staatliche Leben einbringen. Sache des Staates ist es, die ihm von Gesinnungsgemeinschaften zuströmende Kraft zu nutzen und als Kulturstaat gesellschaftliche Gruppen und Kirchen, die sich die Pflege und Geltendmachung ideeller, kultureller und sittlicher Werte als Aufgabe stellen, zu schützen und zu fördern.

[1] Der Autor dieser Besprechung, *Jules Magri*, der heute im Ruhestand lebt, war früher Schriftsetzer und aktives Mitglied der Typographengewerkschaft. Er kennt somit die Arbeitswelt aus eigener Erfahrung und hat sich mit den Problemen der sozialen Sicherheit in jahrelangem Selbststudium vertraut gemacht.

In unserer Firma ist die Stelle des

Verlagsleiters

neu zu besetzen.
Das Programm unserer Verlage KANISIUS und IMBA umfaßt:
Lebenshilfe. Philosophische, theologische und spirituelle Literatur. Religiöses Schrifttum. Kleinschriften. Zeitschriften.
Verantwortungsbewußte, dynamische Persönlichkeiten mit Erfahrung im Verlagswesen richten ihre schriftliche Offerte an die

Direktion des Kanisiuswerkes
Avenue de Beauregard 4, CH-1701 Freiburg

In diesem Zusammenhang äußert sich Nell-Breuning auch zum Sinn von Wirtschaft und Gesellschaft sowie zum Subsidiaritätsprinzip. Der Mensch ist, wenn er selbsttätig sein und sich entfalten will, in hohem Maße auf das angewiesen, was andere, was Staat und Gesellschaft für ihn tun. Der Mensch bedarf für seine Selbstverwirklichung und Eigentätigkeit einer immer umfassenderen Sub- und Infrastruktur: Rechtsordnung, öffentliche Sicherheit, öffentliche Schulen und Verkehrsmittel, Krankenhäuser usw. Insbesondere ist jeder auf eine leistungsfähige und menschengerechte Volkswirtschaft angewiesen, die die lebensnotwendigen Güter und Dienstleistungen reichlich und preiswert bereitstellt. Nell-Breuning definiert deshalb die Volkswirtschaft als die Kulturfunktion der Unterhaltsfürsorge, als menschliches Zusammenleben und -arbeiten zur dauernden Sicherung des Einklangs von Bedarf und Deckung und als Mittelsystem zur Selbstverwirklichung des Menschen.

In diesem Sinne dem Menschen hilfreichen Beistand zu leisten zur Eigentätigkeit und Selbsthilfe – nicht erst dann, wenn er in äußerste Notlage gerät und sich nicht mehr selber helfen kann –, das ist die Pflicht von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowie der Inhalt und Sinn des Subsidiaritätsprinzips. Nell-Breuning wendet sich ganz entschieden gegen eine liberale Interpretation des Subsidiaritätsprinzips, wonach die staatliche Tätigkeit und Hilfe soweit wie nur irgend möglich einzuschränken seien.

Der soziale Auftrag der Kirche

Im IV. Teil («Die Kirche und ihre Sendung an die Welt») befaßt sich Nell-Breuning eingehend mit dem sozialen Auftrag der Kirche, aber auch mit ihrem Versagen ihm gegenüber und gegenüber dem freiheitlich-demokratischen Sozialismus.

Die Kirche hat ihre Gläubigen nicht nur anzuhalten, Wohltätigkeit zu üben, und sie selber soll nicht nur Institutionen der Caritas, z. B. Krankenhäuser, Kindergärten und Altersheime, unterhalten sowie gegen Unrecht-Tun auftreten. Sie hat auch gegen institutionalisiertes Unrecht mutig zu protestieren, also gegen politische und wirtschaftliche Verhältnisse und Einrichtungen, ja gegen Gesetze, die einem Großteil der Menschen Unrecht antun. Der Kampf gegen institutionalisiertes Unrecht kann den Menschen auf viel wirksamere Weise von sozialem Elend und von Unrecht befreien als Werke der Wohltätigkeit. Deshalb gebietet die Nächstenliebe viel dringender eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik von Staat und Gewerkschaften als die Schaffung privater Wohltätigkeitsinstitutionen.

Die Kirche hat auch öffentlich aufzutreten, ihre Gläubigen und die Öffentlichkeit zur politischen Abwehr aufzurufen und ein sittliches Urteil abzugeben, wenn Menschen- und Sozialrechte durch wirtschaftliche und politische Verhältnisse verletzt werden. Würde die Kirche ein solches politisches und soziales Engagement unterlassen, so käme das unzweideutig einer positiven Unterstützung bestehenden Unrechts und seines Fortbestandes gleich.

Weiter gehört es zur Aufgabe der Kirche, eine Soziallehre und Sozialethik vom Evangelium und von den Menschenrechten her zu entwickeln, und dies unter gewissenhafter Auswertung gesicherter Erkenntnisse der zuständigen Wissenschaften, damit die Maßstäbe und Grundsätze für eine wahrhaft humane, gerechte und soziale Ordnung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft allen Beteiligten zur Verfügung stehen.

Nach Nell-Breunings persönlicher Erfahrung hat es die Kirche aber außerordentlich viel Mühe gekostet (und leider sei das für manche Teile von Klerus und Kirchenvolk noch heute der Fall), ihre soziale Aufgabe klar zu erkennen und mutig zu erfüllen. Nur langsam und in schweren Kämpfen vermöge sich die Erkenntnis in kirchlichen Kreisen durchzusetzen, daß es vor allem Aufgabe der Gerechtigkeit und des Staates als Hüter der allgemeinen Wohlfahrt – und nicht der Barmherzigkeit und privaten Wohltätigkeit – ist, soziale Not und Ungerechtigkeit durch eine entsprechende Sozial- und Wirtschaftspolitik zu bekämpfen. Veraltete konservative Ständeideologie vernebelte hier den klaren Blick. Man wollte und will vielfach heute noch nicht anerkennen, daß unsere Industriegesellschaft eine Klassengesellschaft ist, die nur in kämpferischer Auseinandersetzung überwunden werden kann (vgl. 243). Daß dies auch Papst Pius XI. in seinem Sozialrundschreiben «Quadragesimo anno» (Nr. 114) ausdrücklich anerkannt und von einer vom Gerechtigkeitswillen getragenen Auseinandersetzung zwischen Klassen gesprochen hat, ist bis heute noch nicht zu den breiten Massen der Katholiken durchgedrungen. Wer mehr als Wohltätigkeit forderte, wer für die Rechte der Arbeiter eintrat, war ein «roter Teufel» (268). Sozialpolitische und gar sozialreformerische Maßnahmen wurden lange Zeit als Abfall vom religiös fundierten Liebesgebot verdächtigt. Es gab katholische Autoren, die eine Sozialethik oder das ethische Prinzip «soziale Gerechtigkeit» als Unbegriffe ablehnten. Sozialpolitisch engagierte Seelsorger, die große Bildungsarbeit zugunsten der christlichen Arbeitervereine und Gewerkschaften leisteten, wurden nicht nur von Unternehmerseite, sondern auch von Pfarrherren als «rote Kapläne» oder «Hetzkapläne» verschrien und von bischöflichen Behörden gemaßregelt und zurückgepfiffen (278).

In bezug auf das heutige Verhältnis zwischen Kirche und freiheitlich-demokratischem Sozialismus meint Nell-Breuning – dies besonders im Blick auf die Bundesrepublik –: 1975 hat sich die katholische Kirche in der so heiß umstrittenen und so viel gelästerten Vorlage «Kirche und Arbeiterschaft» der Würzburger Synode einen kräftigen Ruck nach vorn gegeben. Aber für die Mehrheit der Seelsorger sind die verschiedenen Arten des Sozialismus immer noch «böhmische Dörfer» (270), und der Katholizismus als Ganzes steht der Herausforderung durch den Sozialismus immer noch durchaus unzureichend gerüstet gegenüber. Die Kirche wird dieser Herausforderung erst dann gewachsen sein, wenn sie «mit ihrem Glauben und mit ihrem tätigen Einsatz für Gerechtigkeit *die Welt überwindet*» (279)[2].

So hat uns der Nestor christlicher Sozialethik und Soziallehre noch in seinem hohen Alter ein überaus mutiges Buch geschenkt, das von höchster Aktualität ist. Dafür verdient er den Dank der Gewerkschafter aller Richtungen wie auch aller Sozialdemokraten.

Jules Magri, Zürich

[2] Nell-Breuning fordert, die Kirche dürfe nicht mehr nur die durch den Sozialismus «herausgeforderte» und auf ihn reagierende sein, sie müsse als die *«herausfordernde»* auftreten (278/79); dies sei jetzt in Lateinamerika modellhaft geschehen: «Nach der Reise des Papstes und der Konferenz der lateinamerikanischen Bischöfe in Puebla 1979 darf ... der in Medellín 1968 begonnene Durchbruch als vollzogen und gesichert angesehen werden. Die Kirche Lateinamerikas hat sich zum vollen Verständnis ihrer ‹Sendung an die Welt›, an die ‹Welt von heute›, durchgerungen; sie steht nicht mehr ‹unter der Herausforderung des Sozialismus› ..., ist vielmehr wieder *selbst* die ‹herausfordernde›. Einen ähnlichen Aufbruch möchte man der Kirche in der ‹alten Welt› wünschen. Die Irrungen und Wirrungen, mit denen dieser Aufbruch drüben verbunden war und zum Teil noch ist, sind von hier nach dort hinübergetragen worden; jetzt hätten wir von ihnen zu lernen und ihre zum Teil teuer erkauften Erfahrungen für uns fruchtbar zu machen.» (Vorwort vom 1. Mai 79) *Red.*

ORIENTIERUNG

Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Karl Weber, Jakob David, Albert Ebneter, Mario v. Galli, Robert Hotz, Clemens Locher, Josef Renggli, Josef Rudin
Ständige Mitarbeiter: Paul Erbrich (München), Raymund Schwager (Innsbruck), Pietro Selvatico (Fribourg)
Anschrift von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, ✆(01) 201 07 60
Bestellungen, Abonnemente: Administration
Einzahlungen: «Orientierung, Zürich»
Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842
Schweiz. Kreditanstalt Zürich-Enge Konto Nr. 0842-556967-61
Deutschland: Postscheckkonto Stuttgart 6290-700
Österreich: Postsparkasse Wien, Konto Nr. 2390.127
Italien: Postscheckkonto Rom Nr. 29290004
Abonnementspreise 1980:
Schweiz: Fr. 32.– / Halbjahr Fr. 17.50 / Studenten Fr. 24.–
Deutschland: DM 35,– / Halbjahr DM 19,50 / Studenten DM 26,–
Österreich: öS 260,– / Halbjahr öS 150,– / Studenten öS 180,–
Übrige Länder: sFr. 32.– plus Versandkosten
Gönnerabonnement: Fr./DM 40.–. (Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnemente in Ländern mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)
Einzelexemplar: Fr. 1.80 / DM 2,– / öS 15,–

AZ
8002 Zürich

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion